

PROTOKOLL

über die 26. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr der Stadt Steyr

**am Donnerstag, 21. März 2013, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatssitzungssaal.**

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Gerald Hackl als Vorsitzender

VIZEBÜRGERMEISTER:

Walter Oppl
Wilhelm Hauser
Gunter Mayrhofer

STADTRÄTE:

Ingrid Weixlberger
Dr. Michael Schodermayr
Markus Spöck, MBA (ohne GR Mandat)
Dr. Helmut Zöttl

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler **ab 14.30 Uhr**
Rudolf Blasi
Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner
Roman Eichhübl
Ernst Esterle
Helga Feller-Höller
MMag. Michaela Frech
Mag. Wolfgang Glaser
Michaela Greinöcker
Ing. Wolfgang Hack
Kurt-Werner Haslinger
Rosa Hieß
Ing. Franz-Michael Hingerl
Josef Holzer
Thomas Kaliba

Mag. Reinhard Kaufmann
Mag. Gerhard Klausberger
Eva-Maria Leitner
Ing. Kurt Lindlgruber
Erika Loibl, MAS
Hans Payrleithner
Natascha Payrleithner
Florian Schauer
Birgit Schörkhuber
Rudolf Schröder
Silvia Thurner
Ursula Voglsam

VOM AMT:

Dr. Kurt Schmidl
Dr. Martina Kolar-Starzer
Dr. Manfred Hübsch
Mag. Helmut Lemmerer
Mag. Helmut Golda
Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT:

Monika Freimund
Mag. Erwin Schuster

PROTOKOLLFÜHRER:

Dr. Kurt Schmidl
Michaela Minixhofer
(Ulrike Schreiberhuber)

Die ordnungsgemäße Einladung erfolgte gemäß § 18 (1a) GOG

VERHANDLUNGSABLAUF:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EIN-BERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES gem. § 54 Abs. 3 StS (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine gelistete Aufstellung der gefassten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.)
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß Pkt. 6 der Tagesordnung:

- | | |
|----------------|--|
| 1) BauH-129/10 | Rutschung Roglwiese; Fortführung der Kontrollmessungen im Jahr 2013. |
| 2) Fin-18/13 | Freie Musikproduktionen – Schubert@Steyr von 31. März bis 7. April 2013. |

INHALTSVERZEICHNIS:

1) BauStr-1/13	Abschluss eines Übereinkommens mit dem Land OÖ, Landesstraßenverwaltung über die Finanzierung, Errichtung und Erhaltung des Bauloses „Knoten Tabor/Posthof“.....	8
2) Fin-35/13	Personalvertretung; Subvention der Personalbetreuung 2013.....	11
3) Präs-318/10	Ehrenzeichenrichtlinie 2010; Änderung.....	12
4) GHJ1-1/13	Abschluss einer Vereinbarung zum Betrieb des elektronischen Aktes mit dem Land OÖ.	13
5) Fin-120/12	Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2012 in das Finanzjahr 2013.	14
6) Pst-3/13	Reservierung der Trauungstermine; Trauungen an Frei-tag- und Samstagnachmittagen von Mai bis September; Hilfskräfte für Assistenzdienst bei Samstagtrauungen von Mai bis Oktober; zukünftige Wertsicherung der Sondertrauungsgebühr.....	15
7) SBS-18/13	Stadtbad Steyr; Preisanpassung Freibad per 1. 5. 2013.	17
8) FW-1/13	Antrag auf Verleihung der “Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr	19
9) Fin-215/12	„Musikfestival Steyr“ von 20. Juli bis 10. August 2013.....	20
10) Fin-34/13	AKKU Kulturzentrum Steyr; Jahressubvention 2013.	21
11) GHJ2-1/13	Erste Etappe der Schaffung von infrastrukturellen Maßnahmen im Zuge der ganztägigen Schulform – Hauptschule Ennsleite.	21
12) GHJ2-2/13	Erste Etappe der Schaffung von infrastrukturellen Maßnahmen im Zuge der ganztägigen Schulform – Volksschule Gleink.	23
13) GHJ2-6/13	Schaffung von infrastrukturellen Maßnahmen im Zuge der ganztägigen Schulform – Volksschule Tabor.....	23
14) Präs-683/02	Nachträgliche Lifteinbauten in Wohnhäusern – Förderungen.	25
15) BauGru-8/12	Stadtentwicklungskonzeptänderung Nr. 1.42; Flächenwidmungsplan-änderung Nr. 2.56; Stadtgut Steyr Parkplatz Zone D.....	27
16) Präs-38/13	Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für ehrenamtliche Tätigkeit an Frau Ottilie Bruckbauer.	29
17) Präs-39/13	Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für ehrenamtliche Tätigkeit an Herrn Enrico Savio.....	31
18) Präs-40/13	Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für ehrenamtliche Tätigkeit an Frau Maria Anna Gajo.	31
19) SH-107/13	Mobile Dienste – Miteinander GmbH; Kündigung der Vereinbarung per 31. 12. 2013.....	32
20) BauTP-7/12	Kanalneubau MW Wenhartstraße 2 und 3; Kanal-erneuerung NK Werndlstraße 11; Generalsanierung Wenhartstraße (Straßenbau). Dringlichkeitsbeschluss.	50

21) BauBrüP-2/13	Bürstmayr-Brücke; Instandhaltung 2013.....	51
22) BauBrüP-1/13	Griemühl-Brücke, Instandhaltung 2013.	51
23) BauStrP-7/13	Errichtung Tabor-/Posthofknoten; Freigabe gem. Vereinbarung mit dem Land OÖ.....	52
24) BauStrP-2/13	Asphaltierungsprogramm 2013; Straßensanierung Steinerstraße BA 2; Bereich FFW Stein bis Moserstraße, Tragschichtdecksanierung.	53
25) Fin-31/11	Private Kinderbetreuungseinrichtungen Steyr, Endabrechnung der Waldorfkindergärten für das Betreuungsjahr 2011/12.	55

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

- | | |
|----------------|---|
| 1) BauStr-1/13 | Abschluss eines Übereinkommens mit dem Land OÖ, Landesstraßenverwaltung über die Finanzierung, Errichtung und Erhaltung des Bauloses „Knoten Tabor/Posthof“. |
| 2) Fin-35/13 | Personalvertretung; Subvention der Personalbetreuung 2013. |
| 3) Präs-318/10 | Ehrenzeichenrichtlinie 2010; Änderung. |
| 4) GHJ1-1/13 | Abschluss einer Vereinbarung zum Betrieb des elektronischen Aktes mit dem Land OÖ. |
| 5) Fin-120/12 | Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2012 in das Finanzjahr 2013. |
| 6) Pst-3/13 | Reservierung der Trauungstermine; Trauungen an Freitag- und Samstagnachmittagen von Mai bis September; Hilfskräfte für Assistenzdienst bei Samstagtrauungen von Mai bis Oktober; zukünftige Wertsicherung der Sondertrauungsgebühr. |

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILEHLM HAUSER:

- | | |
|--------------|---|
| 7) SBS-18/13 | Stadtbad Steyr; Preisanpassung Freibad per 1. 5. 2013. |
| 8) FW-1/13 | Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr. |

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

- | | |
|---------------|---|
| 9) Fin-215/12 | „Musikfestival Steyr“ von 20. Juli bis 10. August 2013. |
| 10) Fin-34/13 | AKKU Kulturzentrum Steyr; Jahressubvention 2013. |

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

- | | |
|-----------------|--|
| 11) GHJ2-1/13 | Erste Etappe der Schaffung von infrastrukturellen Maßnahmen im Zuge der ganztägigen Schulform – Hauptschule Ennsleite. |
| 12) GHJ2-2/13 | Erste Etappe der Schaffung von infrastrukturellen Maßnahmen im Zuge der ganztägigen Schulform – Volksschule Gleink. |
| 13) GHJ2-6/13 | Schaffung von infrastrukturellen Maßnahmen im Zuge der ganztägigen Schulform – Volksschule Tabor. |
| 14) Präs-683/02 | Nachträgliche Lifteinbauten in Wohnhäusern – Förderungen. |
| 15) BauGru-8/12 | Stadtentwicklungskonzeptänderung Nr. 1.42; Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.56; Stadtgut Steyr Parkplatz Zone D. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

- | | |
|----------------|--|
| 16) Präs-38/13 | Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für ehrenamtliche Tätigkeit an Frau Ottilie Bruckbauer. |
| 17) Präs-39/13 | Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für ehrenamtliche Tätigkeit an Herrn Enrico Savio. |
| 18) Präs-40/13 | Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für ehrenamtliche Tätigkeit an Frau Maria Anna Gajo. |
| 19) SH-107/13 | Mobile Dienste – Miteinander GmbH; Kündigung der Vereinbarung per 31. 12. 2013. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT MARKUS SPÖCK, MBA:

- | | |
|------------------|---|
| 20) BauTP-7/12 | Kanalneubau MW Wenhartstraße 2 und 3; Kanalerneuerung NK Werndlstraße 11; Generalsanierung Wenhartstraße (Straßenbau). Dringlichkeitsbeschluss. |
| 21) BauBrüP-2/13 | Bürstmayr-Brücke; Instandhaltung 2013. |
| 22) BauBrüP-1/13 | Griemühl-Brücke, Instandhaltung 2013. |
| 23) BauStrP-7/13 | Errichtung Tabor-/Posthofknoten; Freigabe gem. Vereinbarung mit dem Land OÖ. |
| 24) BauStrP-2/13 | Asphaltierungsprogramm 2013; Straßensanierung Steinerstraße BA 2; Bereich FFW Stein bis Moserstraße, Tragschichtdecksanierung. |

BERICHTERSTATTERIN STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

- | | |
|---------------|--|
| 25) Fin-31/11 | Private Kinderbetreuungseinrichtungen Steyr, Endabrechnung der Waldorfkindergärten für das Betreuungsjahr 2011/12. |
|---------------|--|

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Pkt. 1) BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER:

Als Protokollprüfer wurden bestellt:

GR Rudolf Blasi
GRⁱⁿ Natascha Payrleithner

ERÖFFNUNG DER SITZUNG:

Werte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf Sie sehr herzlich zur Gemeinderatssitzung am 21. März begrüßen, darf feststellen, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde, dass wir auch beschlussfähig sind und darf auch bekanntgeben, dass die Protokollprüfer diesmal die Frau Gemeinderätin Natascha Payrleithner und der Herr Gemeinderat Rudolf Blasi sind. Entschuldigen für die heutige Sitzung darf ich die Gemeinderätin Monika Freimund und den Gemeinderat Erwin Schuster und der Kollege Apfelthaler ist beim Arbeitsgericht, aber als Laienrichter, er hat keinen Arbeitsprozess. Wenn es sich noch ausgeht, dann kommt er noch dazu, ansonsten müssen wir ihn und sollen wir ihn auch entschuldigen.

Zu Pkt. 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN:

Keine vorhanden.

Zu Pkt. 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS:

In aller Kürze ein paar Mitteilungen meinerseits. Nur ein kleiner Hinweis – in der Stadtbibliothek gibt es jetzt auch die Möglichkeit die Digitalbibliothek Oberösterreich zu nutzen, Media to go. Dazu gibt es einen Server, eine Zusammenarbeit mit der Stadt Linz und dem Land OÖ. Man braucht dazu, um das zu nützen, um diese Vielfalt an Internetbüchern und Audiovisionsdingen und E-Papers, einen Internetzugang und einen Leseausweis. Da gibt es eine Codenummer, das ist relativ einfach, das sollte man oder könnte man auf alle Fälle nützen und es ist gratis. Wer dazu Lust und Laune hat.

Dass wir einen Weltmeister haben im Schilaufr, im Alpinen Schilaufr, in Steyr, das ist ja mittlerweile allgemein bekannt. Ich möchte es auch noch einmal sagen, der Stolz und die Freude sind groß in dieser Stadt. Junioren Weltmeister im Super-G – der Thomas Mayrpeter. Etwas Besonderes für eine flachländliche Stadt wie Steyr. Ich sage es nur zur Erinnerung, in dieser Kategorie, wie der Thomas Mayrpeter aus Steyr, bewegen sich Benni Raich und Kjetil Andre Aamodt. Vielleicht macht er auch so eine Karriere, wir würden es ihm vergönnen.

Hinweis noch und Einladung gleichzeitig auf das Schubert Festival, das vom 28. März bis 07. April in unserer Stadt wieder durchgeführt wird. Eine Reihe von Veranstaltungen. Man kann sich dem Musikgenuss hingeben, man kann das aber auch verbinden mit Essen und Trinken oder man kann auch nur zum Konzert gehen, wie zum Beispiel das Abschlusskonzert, dass am 07. April in der Michaelerkirche mit der Musikvereinigung Sancta Caecilia mit Herrn Prof. Otto Sulzer als Leiter stattfindet.

Und ein Lob, ich glaube auch in Ihrem Sinne, an das Winterdienstteam unserer Stadt, an das Team von DI Kremsmayr. Ich glaube, es hat trotz dieses strengen Winters alles sehr gut funktioniert. Ich möchte auch dazu sagen, gegen Katastrophentage, so wie es einen geben hat in unserer Stadt, wo ein LKW-Anhänger am Posthofberg stehen bleibt und nicht mehr weiter kann und dann im Endeffekt die Stadt gesperrt ist für fast drei Stunden, kann auch der beste Winterdienst da nichts nutzen. Es hat alles sehr gut funktioniert und ich hoffe, es bleibt so.

Letzter Punkt wie immer die Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten. Nichts Erfreuliches - leider Gottes. Ende Februar dieses Jahres waren 3.713 Personen im Bezirk Steyr, also Steyr-Stadt und Steyr-Land, arbeitslos gemeldet. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 572 Personen oder 18,21 %. Die Arbeitslosenquote betrug im Februar 9 %. Das ist ein sehr hoher Wert, hat sich zwar im Vergleich zum Vormonat um 0,2 % verringert, aber das ist nicht wirklich eine Größenordnung. Und gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr, so muss man es sehen, hat sich dieser Wert um 1,5 % erhöht. Das heißt, wir haben im Vorjahr 7,5 % gehabt und haben jetzt im Februar 9 %, das ist schon eine sehr hohe Quote und ich hoffe, es bessert sich wieder. Die Konjunkturdaten und die Aussichten sind ja nicht die schlechtesten und wir werden sehen, wie sich das auf unsere Großbetriebe auswirkt. Die sind im Endeffekt ja auch die, die man in der Arbeitslosenstatistik sofort merkt, wenn Leasingpersonal abgebaut wird.

Zu Pkt. 4) AKTUELLE STUNDE

Es liegt kein Thema vor.

Zu Pkt. 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES gem. § 54 Abs. 3 StS

- | | |
|----------------|--|
| 1) BauH-129/10 | Rutschung Roglwiese; Fortführung der Kontrollmessungen im Jahr 2013. |
| 2) Fin-18/13 | Freie Musikproduktionen – Schubert@Steyr von 31. März bis 7. April 2013. |

Zu Pkt. 8) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir treten in die Verhandlungsgegenstände ein und ich darf dazu den Vorsitz an Herrn Vizebürgermeister Oppl übergeben.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche unseren Bürgermeister um die Berichterstattung für seine Anträge.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

- | | |
|-----------------------|---|
| 1) BauStr-1/13 | Abschluss eines Übereinkommens mit dem Land OÖ, Landesstraßenverwaltung über die Finanzierung, Errichtung und Erhaltung des Bauloses „Knoten Tabor/Posthof“. |
|-----------------------|---|

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

In meinem ersten Punkt geht es um das Übereinkommen mit dem Land Oberösterreich. Wir haben uns ja verpflichtet und ausverhandelt, dass wir uns an dem Bauvorhaben Taborknoten /Posthofknoten mit einem Drittel als Stadt an den Kosten beteiligen. Im Endeffekt geht es jetzt darum, dass wir diese mündliche Vereinbarung fixieren. Die Drittellösung ist genau beschrieben - was darunter zu verstehen ist - und ich ersuche um Beschlussfassung.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke, gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Payrleithner – bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Werte Kolleginnen, werte Kollegen. Es ist schon interessant, wenn so ein wichtiges Projekt, dass über Jahrzehnte, kann man schon fast sagen, abgehandelt wird, dann per Dringlichkeit im Gemeinderat beschlossen werden muss – aber das nur am Rande vermerkt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Welche Dringlichkeit?

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Auf der letzten Seite steht per Dringlichkeit – im Stadtsenat und im Gemeinderat. Das berühmte Drittel ist ja schon interessant, nachdem es sich ja um ein doch sehr großes und finanziell wahrscheinlich sehr weitreichendes Projekt handelt. Wenn man auch hineingeschrieben hätte, was wir heute abstimmen, was das ungefähr kosten wird. Ich glaube, der Gemeinderat als oberstes Vollzugsorgan sollte schon darüber informiert sein, über was er heute abstimmt – und ein Drittel dieser Kosten sind ja nicht gerade wenig und ich persönlich darf auch nicht verhehlen, dass ich dieses ganze Projekt als nicht das Glückliche betrachte und hab das auch kundgetan. Es haben sich auch tausende, zumindest laut eigenen Aussagen, tausende Bürger in einer Bürgerinitiative dagegen ausgesprochen, zumindest auf der Homepage dieser Bürgerinitiative habe ich das so gelesen und man hätte sich auch näher damit auseinander setzen sollen. Sie fühlen sich ein wenig benachteiligt, wie man mit den Bürgern umgeht und nachdem wir also wirklich nicht wissen, in welcher Höhe wir abstimmen, wäre es natürlich auch interessant, ob dieses Projekt dann wirklich um so viel billiger ist als die Variante, die wir ja hier 20 Jahre bevorzugt haben, nämlich den Kreisverkehr – ursprünglich abgesenkten, dann normaler Kreisverkehr. Jetzt haben wir eine Ampelregelung, die sicherlich nicht der Weisheit letzter Schluss ist und das Pünktchen auf dem Ganzen – das Wichtigste überhaupt, die Westspange, ist überhaupt in weite Ferne gerückt. Die Westumfahrung würde dem Ganzen erst einen richtigen Sinn geben.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke, Kollege Kaufmann hat sich zu Wort gemeldet. Bitte, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, sehr geehrte Gäste und Pressevertreter. Nachdem wir dem Antrag nicht zustimmen können, ist es natürlich auch notwendig, ein paar Worte dazu zu sagen – auch wenn es teilweise Wiederholungen sind. Es wird uns hier eine Landesstraße mitten durch ein Wohngebiet gebaut, neu gebaut ohne dass man ... es war vielleicht berechtigt damals, wie der derzeitige Taborknoten gemacht wurde, dass man da sehr stark aufs Geld schauen musste und halt die Anwohner nicht so interessant sind. Jetzt, in Zeiten, wo wir ein Land der EU sind, könnten wir ein bisschen mehr drauf schauen, was tut denn diese Straße, wie passt sie baulich in die Gegend. Das ist leider nicht passiert bei dieser Planung, darum müssen wir von einer Zustimmung hier Abstand nehmen. Obwohl ich sagen muss, diese Aktion am 8. März – Weltfrauentag – wo dreizehn Männer mit Schaufeln hier den Spatenstich vollziehen, das hat mich schon sehr beeindruckt. Es zeigt vielleicht auch schon ein bisschen, wie die Interessen in einer Gesellschaft auseinanderfallen, wenn es um das Geld der öffentlichen Hand geht. Wir kommen vielleicht in einem anderen Punkt heute auch noch zu diesem Thema, wie organisieren wir den Verkehr in unserer Stadt, da gehen die Interessen einfach sehr auseinander. Unsere Auto fahrende Hälfte oder wie man das nennen soll, weil das betrifft ja jeden – auch mich – die wird einfach bevorzugt gegenüber der anderen Hälfte. Da sollte man schön langsam ein bisschen umsteuern. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke, gibt es eine weitere Wortmeldung. Das ist nicht der Fall. Herr Bürgermeister, bitte das Schlusswort.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Um welche Summe wir hier abstimmen, das ist schon bekannt. Wir haben einen maximalen Kostenrahmen von € 5,3 Millionen. Dann gibt es eine Ausschreibung zu diesem Baulos, es kann nur billiger werden und wir verpflichten uns, das was billiger wird auch nur mit einem Drittel zu tragen. Was der Kollege Payrleithner gemeint hat, Weisheit letzter Schluss nicht richtig, ich weiß nicht, was der Weisheit letzter Schluss ist. Wir bekommen auf jeden Fall eine tolle Kreuzung. Wir bekommen eine mit doppelten Fahrspuren, wie jetzt. Der abgesenkte Kreisverkehr, dass der billiger wäre, als die jetzige Lösung, ist natürlich absurd. Ich weiß nicht, wie Sie auf das kommen. Der abgesenkte Kreisverkehr, der diskutiert wurde und der auch planlich fast fertig in der Schublade gelegen ist und noch immer liegt. Da waren wir bei Kosten von deutlich mehr als 10 Mio. – ein Luxusprojekt. Wäre schön gewesen, wobei ich nach wie vor der Meinung bin – es gibt ja so viele Verkehrsexperten in dieser Stadt – auch diese abgesenkte Kreisverkehrsvariante wäre, wenn es die Bürger dann gesehen hätten, nicht günstig gewesen, denn auch beim abgesenkten Kreisverkehr wäre es notwendig gewesen, die Fußgänger über den Kreisverkehr drüber zu bringen. Mit einer Überführung, die mindestens 3 m hoch ist. Und ich lese ja - als einer der Wenigen - auch die Internetforen, wo eine unglaubliche Menge von besonders gescheiten Verkehrsexperten sagen, der Kreisverkehr, der Kreisverkehr ... Argumente, die dagegensprechen, vom Tisch gewischt werden. Einen Kreisverkehr in dieser Größenordnung, mit einem Fußgängerverkehr, einem ordentlichen, ist nicht möglich. Das muss man einmal zur Kenntnis nehmen, oder man ignoriert es. Jetzt haben wir eine Lösung, wo die Fußgänger viel, viel besser als jetzt drüber können, an zwei Stellen Ampel geregelt. Das ist eine gute Lösung, eine finanzierbare Lösung und wenn es fertig ist, davon bin ich überzeugt, werden die Leute auch damit zufrieden sein. Letzter Punkt Westumfahrung, in weite Ferne gerückt. Ich weiß nicht, wie Sie auf diese Geschichte kommen. Die ist nicht in weite Ferne gerückt. Wir kommunizieren das ständig, laufend und überall. Es ist fixiert, vertraglich mit dem Land OÖ, dass die Westumfahrung baureif gemacht wird, noch in dieser Funktionsperiode und in der Funktionsperiode zwischen 2015 und 2021 dann auch gebaut wird. So weit waren wir in dieser Stadt vertraglich mit dem Land noch nie. Die Westspange hat es vor 2009 nicht einmal in einer Zeile vom Land OÖ gegeben, auf keiner Liste, wir waren nirgends außer halt im Nirwana und wir alle haben davon geträumt, da müsste man und da sollte man und da könnte man. Wir machen jetzt Nägel mit Köpfen. Wir bauen zwischen 2015 und 2021 auch die Westspange und jetzt ist klar, die richtige Verkehrsentslastung kommt natürlich dann erst mit der Westspange. Das weiß jeder Steyrer, da muss man kein Verkehrsexperte sein. Wenn wir das Nadelöhr direkt bei der Seifentruhe auflösen können, dann wird es wirklich spannend, dann werden wir auch davon profitieren. Jetzt ertüchtigen wir einmal den Taborknoten/Posthofknoten. Etwas, was wir seit 20 Jahren vorgehabt haben. Jetzt machen wir es und freuen uns darüber. Bitte um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 23.01.2013 wird dem Abschluss des in der Anlage beigeschlossenen Übereinkommens mit dem Land Oberösterreich, Landesstraßenverwaltung, über die Finanzierung, Errichtung und Erhaltung des Bauloses „Knoten Tabor/Posthof“ im Zuge der B115 Eisenstraße und B122 Voralpenstraße grundsätzlich zugestimmt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 idgF zum sofortigen Vollzug des Beschlusses des Stadtsenates ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke, wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Eine, zwei oder drei Stimmenthaltungen? Zwei Gegenstimmen, eine Stimmenthaltung.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1
Gemeinderat Kurt Apfelthaler*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **30**

SPÖ 17 – (Bgm. Gerald Hackl; Vbgm. Walter Oppl; Vbgm. Wilhelm Hauser; StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger; StR Dr. Michael Schodermayr; GR Rudolf Blasi; GR Ernst Esterle; GRⁱⁿ Helga Feller-Höller; GR Kurt-Werner Haslinger; GRⁱⁿ Rosa Hieß; GR Ing. Franz-Michael Hingerl; GR Thomas Kaliba; GR Mag. Gerhard Klausberger; GRⁱⁿ Erika Loibl, MAS; GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber; GR Rudolf Schröder; GRⁱⁿ Silvia Thurner)

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 8 – (Vbgm. Gunter Mayrhofer; GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech; GR Mag. Wolfgang Glaser; GR Ing. Wolfgang Hack; GRⁱⁿ Eva-Maria Leitner; GR Florian Schauer; GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

FPÖ 5 – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber)

Ablehnung: **2**

GRÜNE 2 – (GR Mag. Reinhard Kaufmann; GRⁱⁿ Natascha Payrleithner)

Stimmenthaltung: **1**

FPÖ 1 – (GR Hans Payrleithner)

2) Fin-35/13 Personalvertretung; Subvention der Personalbetreuung 2013

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

In meinem nächsten Punkt geht es um die Subvention für die Personalbetreuung in einem Wert, budgetiert in Höhe von € 27.000,00, für eine Belegschaft von mehr als 800 Personen. Diese Ausgaben werden, wie im Amtsbericht angeführt, für Betriebsausflüge, Betriebsversammlungen, Sportveranstaltungen, Weihnachtsfeiern aber auch die Kinderweihnachtsfeiern verwendet. Seitens der Personalvertretung liegt der Gesamtaufwand für alle diese Leistungen, die über das Jahr hindurch durch die Personalvertretung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geleistet wird, bei € 106.800,00 im vergangenen Jahr. Ich glaube, dieser Prozentsatz oder dieser Betrag seitens der Stadt, des Dienstgebers, als Zuschuss ist vertretbar und ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Präsidiales und Bürgeranwalt vom 31. Jänner 2013 wird der Personalvertretung des Magistrates der Stadt Steyr zur Durchführung der Personalbetreuungsaufgaben für das Rechnungsjahr 2013 eine Subvention in Höhe von insgesamt Euro 27.000,00 gewährt und bei der VA-Stelle 1/094000/757000 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke, gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, gibt es Gegenstimmen? Übt wer Stimmenthaltung? 8 Stimmenthaltungen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1

Gemeinderat Kurt Apfelthaler

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **25**

SPÖ 17 – (Bgm. Gerald Hackl; Vbgm. Walter Oppl; Vbgm. Wilhelm Hauser; StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger; StR Dr. Michael Schodermayr; GR Rudolf Blasi; GR Ernst Esterle; GRⁱⁿ Helga Feller-Höller; GR Kurt-Werner Haslinger; GRⁱⁿ Rosa Hieß; GR Ing. Franz-Michael Hingerl; GR Thomas Kaliba; GR Mag. Gerhard Klausberger; GRⁱⁿ Erika Loibl, MAS; GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber; GR Rudolf Schröder; GRⁱⁿ Silvia Thurner)

FPÖ 6 – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindgruber, GR Hans Payrleithner)

GRÜNE 2 – (GR Mag. Reinhard Kaufmann; GRⁱⁿ Natascha Payrleithner)

Stimmenthaltung: **8**

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 8 – (Vbgm. Gunter Mayrhofer; GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech; GR Mag. Wolfgang Glaser; GR Ing. Wolfgang Hack; GRⁱⁿ Eva-Maria Leitner; GR Florian Schauer; GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich ersuche um die nächste Berichterstattung.

3) Präs-318/10 Ehrenzeichenrichtlinie 2010; Änderung

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der nächste Tagesordnungspunkt umfasst unsere Ehrenzeichenrichtlinien. Wir haben aufgrund der Novelle des Stadtstatutes Handlungsbedarf. Insofern, dass wir in unseren Richtlinien bisher für die Verleihung von Ehrungen nur beim Ehrenring eine Dreiviertelmehrheit für notwendig erachtet haben. Durch die Novellierung des Stadtstatuts ist es notwendig, bei allen Ehrungen diese Dreiviertelmehrheit einzuführen. Das wollen wir tun, diese Bestimmung wollen wir in diesem Maße einführen, für alle Ehrungen. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Ehrenzeichenrichtlinie 2010, beschlossen in der Sitzung des Gemeinderats vom 30.9.2010, zuletzt geändert durch Beschluss des Gemeinderats vom 15.11.2012, wird wie folgt geändert:

§ 1 Abs. 1 lautet:

„(1) Der Gemeinderat kann Personen, die sich um die Stadt besonders verdient gemacht haben oder die der Stadt in besonderem Maße zur Ehre gereichen, durch Ernennung zur Ehrenbürgerin bzw. zum Ehrenbürger, durch Verleihung eines Ehrenringes oder durch sonstige Ehrungen auszeichnen. Die Ehrung bedarf eines Beschlusses, der mit Dreiviertel-Mehrheit zu fassen ist.“

Die Änderung der Ehrenzeichenrichtlinie tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft und ist an der Amtstafel der Stadt Steyr kundzumachen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke, gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1
Gemeinderat Kurt Apfelthaler*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich habe mich versprochen, nicht beim Ehrenring haben wir Dreiviertelmehrheit gehabt, wir haben bisher die Ehrenbürgerschaft als einzigen Titel mit der Dreiviertelmehrheit gehabt, jetzt haben wir sie alle.

4) GHJ1-1/13 Abschluss einer Vereinbarung zum Betrieb des elektronischen Aktes mit dem Land OÖ.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nächster Punkt. Vereinbarung zum Betrieb des elektronischen Aktes mit dem Land OÖ. Die Softwaregeschichten, das ist ein eigenes Kapitel. Wir haben ein Konzept von unserer EDV-Abteilung entwickeln lassen, wie wir in Zukunft mit diesem elektronischen Akt umgehen. Wir haben bisher eine Software verwendet, die nicht mehr so serviciert wurde, weil sie schon so alt war. Wir haben uns aufgrund der Fachmeinung dazu entschlossen, diese ELAK Problematik gemeinsam mit dem Land OÖ zu lösen und im Endeffekt auch auf diese Programme umzusteigen. Wir ersparen uns dadurch nicht nur hohe Servicekosten, sondern wir kriegen auch die Sicherheit, dass das die nächsten Jahre auch so funktioniert und wir einen direkten Datenaustausch mit dem Land OÖ haben, wo wir auch in der Bezirksverwaltungsstelle ständig kommunizieren müssen. Ich glaube, das ist eine gute Lösung und ich ersuche um Beschlussfassung. Es geht um € 32.895,-- und im Endeffekt um wiederkehrende Kosten von € 27.200,--.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Fachabteilung für EDV/IT wird dem beigeschlossenen Vereinbarungsentwurf und den einmaligen Kosten von € 32.895,-- (inkl. MWSt.) sowie den jährlich wiederkehrenden Kosten von € 27.200,-- (Inkl. MWSt. - beginnend mit 2014) zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von € 32.895,-- bei der VSt. 5/016000/728800 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 32.895,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke, gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist wer gegen diesen Antrag? Übt wer Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Somit ist dieser Antrag einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1
Gemeinderat Kurt Apfelthaler*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

5) Fin-120/12 Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2012 in das Finanzjahr 2013.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Beim nächsten Punkt geht es um die Übertragungen von im Finanzjahr 2012 nicht beanspruchten oder nicht abgerechneten Vorhaben. Ich möchte zu dieser Liste sagen, dass sie ja nicht mehr so lange ist, wie sie Ihnen vorliegt. Das sind alles Dinge, die zum Großteil noch nicht abgerechnet wurden, noch nicht begonnen wurden. Wir haben in der Vergangenheit, wie Sie ja wissen, die Beträge insgesamt ja viel höher gehabt. Wir haben das wirklich auf ein Minimum heruntergestrichen. Es sind wirklich nur mehr Dinge drinnen, die man nicht jahrelang mitschleppt, sondern die, die wirklich eben anstehen und noch nicht zur Verrechnung gekommen sind oder kurz vor Fertigstellung sind. Somit sind auch die Summen wesentlich geringer. Das bläht auch das Budget nicht auf. Wir reden hier im Endeffekt von Kreditüberschreitungen im ordentlichen Haushalt von € 224.455,--, die wir übertragen und im außerordentlichen Haushalt in Höhe von € 2.556.079,--. Wenn man sich die Liste anschaut, die größeren Posten sind zum Beispiel, um das herauszugreifen, Beleuchtungskörper und elektrotechnische Arbeiten in der VS Tabor € 25.200,--. Das Bauvorhaben wurde noch nicht abgeschlossen. Was könnte ich noch als Beispiel nennen. Eine größere Summe Planung und Umsetzung von Verkehrsmaßnahmen mit Budgetbeschluss vom 31.12. Oder Subventionen an den Ausstellungsverein für den Christkindlmarkt, die noch nicht ausbezahlt wurden, von € 8.000,--. Das summiert sich einfach in dieser Fülle und ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Buchhaltung, Kassa und Lohnverrechnung vom 4. März 2013 werden die in der Beilage angeführten Kreditüberschreitungen im ordentlichen Haushalt in Höhe von **€ 224.455,--** und im außerordentlichen Haushalt in Höhe von **€ 2.556.079,--** in Summe **€ 2.780.534,--** genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitungen erfolgt durch die im ursprünglichen Antrag vorgesehenen und beschlossenen Mittel.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke, gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Enthält sich wer der Stimme bzw. ist wer dagegen? Das ist auch nicht der Fall. Somit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1
Gemeinderat Kurt Apfelthaler*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:
Ich ersuche um den letzten Punkt.

6) Pst-3/13 Reservierung der Trauungstermine; Trauungen an Frei-tag- und Samstagnachmittagen von Mai bis September; Hilfskräfte für Assistenzdienst bei Samstagtrauungen von Mai bis Oktober; zukünftige Wertsicherung der Sondertrauungsgebühr.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

In meinem nächsten Punkt geht es um die Neuerungen bzw. Verbesserungen, was unsere Trauungstermine und das Standesamt anbelangt. Ein Beispiel dafür, wie schnell wir reagieren können, wenn die Meinung vorherrscht, wir sollten oft flexibler sein und das wäre doch etwas, was wir noch verbessern könnten. Die Kollegin Würhleitner, jetzt verehelichte Leitner, hat das am eigenen Leib erfahren, dass manches nicht so passt, wenn man sich erst ein halbes Jahr vorher anmelden kann. Dass wir auch Freitagnachmittage aufmachen könnten oder sollten.

Unverständliche Zwischenrufe.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:
Bitte um Aufmerksamkeit!

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich habe das bei vorangegangenen Diskussionen schon gesagt, jederzeit gerne, wir werden uns das anschauen und im Endeffekt die zuständigen Stellen anweisen, zu schauen, was wirklich noch möglich ist, um uns hier den Wünschen anzupassen, die von der Bevölkerung hier vermehrt gekommen sind. Das haben wir getan, in einer Reihe von Punkten. Es wird auch im zweiten Quartal 2013 auf der Homepage ein Link sein, um sich hier schon zu informieren oder auch schon zu buchen. Ich glaube, wir sind jetzt mindestens so flexibel wie die flexibelsten Gemeinden in Oberösterreich. Das steht uns auch gut zu Gesicht und ich ersuche um Beschlussfassung.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:
Danke, es liegt eine Wortmeldung vor. Von der Kollegin Leitner, ich bitte darum.

GEMEINDERÄTIN EVA-MARIA LEITNER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, werte Presse. Natürlich muss ich mich da zu Wort melden. Als im Herbst dieses Thema auf den Tisch kam, haben mich erstaunlicherweise viele bekannte und auch nicht so bekannte Menschen angesprochen und gesagt, dass es ihnen genauso gegangen ist. Ich habe auch in Sierning geheiratet oder ich habe unter der Woche geheiratet, weil die ganze Woche verplant war. Und deshalb freut es mich ganz besonders, dass das dann so rasch gegangen ist. Besonders freut es mich auch, dass Online ab dem zweiten Quartal gebucht werden kann. Es entspricht der heutigen Zeit und es ist ja in vielen anderen Gemeinden bereits üblich. Dass bereits ein Jahr vorher gebucht werden kann, das ist eine ganz tolle Sache. Bitte das auch auf der Homepage zu erneuern.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Wir müssen es erst beschließen, dann können wir es erneuern.

GEMEINDERÄTIN EVA-MARIA LEITNER:

Es ist aber ab 1. März schon möglich, dass man buchen kann.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Herr Dr. Chvatal hat das schon vermerkt und es wird geändert.

GEMEINDERÄTIN EVA-MARIA LEITNER:

Und auch die Gastronomie, die Geschäfte profitieren natürlich, wenn mehr Hochzeiten Freitag und Samstagnachmittag stattfinden. Sehr gut ist auch die Einführung der verlängerten Taktzeiten. Die Hochzeiten können feierlicher gestaltet werden und wir können so manches Mal auch eine zweite und eine dritte Strophe singend beieinander bleiben. Alles in allem, herzlichen Dank für die rasche Erledigung.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke, gibt es weitere Wortmeldungen. Das ist nicht der Fall. Der Herr Bürgermeister hat mir gerade geflüstert, dem ist nichts mehr hinzuzufügen. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Personenstands- und Staatsbürgerschaftsangelegenheiten vom 14.02.2013 wird die Durchführung von Trauungen an Sonderterminen an Freitagnachmittagen bei Bedarf, beginnend ab 13:00 Uhr bis max. 16:00 Uhr von Mai bis September, sowie Sondertrauungen an Samstagnachmittagen bei Bedarf, beginnend ab 14:00 Uhr bis max. 16:00 Uhr von Mai bis September, der Einsatz von Hilfskräften für den Assistenzdienst bei Trauungen an Samstagen von Mai bis Oktober sowie die zukünftige Wertsicherung des Betrages für gesonderte Aufwendungen an Sondertrauungsterminen bewilligt.

Die Beträge für gesonderte Aufwendungen an Sondertrauungsterminen unterliegen der Wertsicherung nach dem Verbraucherpreisindex 2010, wobei der für den Monat Oktober vom Statistischen Zentralamt in Wien zu verlautbarende Wert als Grundlage für die Berechnung der Wertbeständigkeit herangezogen wird. Veränderungen von 5 Prozent nach oben oder unten, bezogen auf die Basisindexzahl, bleiben bei Berechnung der Wertbeständigkeit unberücksichtigt. Bei Überschreitung dieser 5 %-Grenze ist aber die Gesamtdifferenz der Berechnung zugrunde zu legen. Die erstmals außerhalb der 5 %-Grenze liegende amtlich verlautbarte Indexzahl ist wiederum Ausgangsbasis für die Berechnung der neuen 5 %-Grenze (stufenweise Wertsicherung). Im Falle der Nichtfortführung des Verbraucherpreisindexes gilt der Index zur Berechnung der Wertbeständigkeit, der dem Verbraucherpreisindex am nächsten kommt.

Der Beitrag ist auf der Haushaltsstelle 2/022000/817000 (Kostenbeitrag für Sondertrauungen) zu verbuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Stimmenthaltungen und Gegenstimmen gibt es keine. Somit ist dieser Antrag einstimmig angenommen und ich darf den Vorsitz wieder an unseren Herrn Bürgermeister zurückgeben.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1
Gemeinderat Kurt Apfelthaler*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich übernehme den Vorsitz und darf den Herrn Vizebürgermeister Wilhelm Hauser um seine Punkte ersuchen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

7) SBS-18/13 Stadtbad Steyr; Preisanpassung Freibad per 1. 5. 2013.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste, geschätzte Presse. Ich habe zwei Tagesordnungspunkte. Der eine ist die Preisanpassung für die Freibadsaison 2013 im Stadtbad Steyr. Ihr wisst, dass es immer darum geht, wie sich der Verbraucherpreisindex entwickelt und wir haben hier eine Liste vorliegen, wo wir im Durchschnitt in etwa 3 % Erhöhung haben. Das sind nur bei ein paar die Ausreißer, wo es darum geht, dass man zwei Jahr nicht erhöht hat, weil wir keine Bezahlungen machen können unter 10 Cent, also unter einer geraden Zahl. Das wäre undenkbar und daher gibt es dann manchmal die Situation, dass man zweimal nicht erhöht, dafür dann um 10 Cent hinaufgeht und das übersteigt natürlich dann diesen Prozentsatz. Hierzu haben wir einen Abänderungsantrag, wo alle Fraktionen mit unterzeichnet haben. Es geht um die Einführung einer Zehnerblockversion für Studenten, Präsenzdienler und Lehrlinge um € 23,50. Damit die Studenten, Präsenzdienler und Lehrlinge die gleiche Ermäßigung beim Ankauf eines Zehnerblockes erhalten, wie bei der Erwachsenenkarte. Ich darf den Herrn Bürgermeister diesen Abänderungsantrag übergeben. Ausgeteilt habe ich ihn in Kopie auch und ich ersuche um Diskussion und Beschlussfassung.

Abänderungsantrag zu Punkt 7) SBS-18/13 Stadtbad Steyr; Preisanpassung Freibad per 1. 5. 2013

Der Gemeinderat möge beschließen:

Mit Inkrafttreten der Preisanpassung Freibad per 1.5.2013 wird der Preisliste Freibad folgende Preiskategorie zusätzlich eingefügt:

Studenten, Präsenzdienler + Lehrlinge 10-er Block € 23,50

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich schlage vor, dass wir diesen Tagesordnungspunkt gleich mit dem Abänderungsantrag diskutieren und darf dich ersuchen, Michaela, um deine Wortmeldung.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der Medien, werte Gäste. Mitunter wird wirklich schnell und prompt reagiert, sodass im Zusammenhang mit unserer Kritik, die wir am Standesamt geäußert haben, so war es ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mitunter? Immer!

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH

Ich habe in der letzten Aufsichtsratssitzung bei den Stadtbetrieben gemeint, mir ist aufgefallen, dass wir keinen Zehnerblock für Studenten, Präsenzdienler und Lehrlinge haben, für Erwachsene sehr wohl. Verlangen aber trotzdem einen relativ hohen Tarif bei den Eintrittten, nämlich € 2,70 für die Studenten, Präsenzdienler und Lehrlinge für Einzeleintritt und € 3,50 für die Erwachsenen. Also nicht so, dass man sagen kann halber Preis wie bei anderen Einrichtungen, sondern ein eigentlich geringer Prozentsatz, den man nachlässt. Und wenn

es dann natürlich kein **unverständlich** verbessert natürlich nicht die Situation, dass der Eintritt für einen Erwachsenen – beim Zehnerblock für einen Erwachsenen kostet dann der Eintritt € 3,-- und der Student, Präsenzdienster oder Lehrling müsste € 2,70 zahlen pro Eintritt weil er keinen Zehnerblock hat, dann hätte er eigentlich nur mehr eine Ermäßigung von 10 % und das kann es nicht sein. Im Aufsichtsrat war man der Meinung, wir machen gar keinen Stadtsenat, vertagen wir das auf das nächste Jahr, aber der Willi Hauser war nach gestrigem Telefonat, wo ich es noch einmal probiert habe zu melden, so nett und hat gemeint, er wird sich das anschauen ob das geht, auch in Zusammenhang mit der Software etc., die wir ja vom Eintrittssystem her haben und siehe da, es geht. Ich bedanke mich recht herzlich bei dir Willi, dass das möglich gemacht worden ist, dass wir diesen Zehnerblock jetzt haben – für die Studenten, Präsenzdienster und Lehrlinge im Sinne auch von Gleichheit, um einen attraktiven Anreiz zu schaffen, für diese Personengruppe unser Stadtbad zu nutzen. Freut mich, dass alle mitmachen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, als nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Kaufmann. Bitte, Reinhard.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wenn man sich die einzelnen Positionen genauer anschaut, dann ist natürlich schon ein Wermutstropfen dabei, nämlich die starke überproportionale Erhöhung bei den jungen Stadtbadbesuchern. Wenn wir einen Durchschnitt von 2,8 % haben, dann haben wir etwa bei Schulklassen 7,68 % Erhöhung. Jetzt mag das schon sein mit diesen 10 Cent, dass das wichtig ist, dass wir da nicht drunter gehen. Aber ich denke, wir sollten bei einer der nächsten Erhöhungen das entsprechend berücksichtigen, nämlich dass wir insgesamt mit den

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Kollege Apfelthaler ist eingetroffen.

Gemeinderat Kurt Apfelthaler kommt um 14.30 Uhr in die Sitzung.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Dass wir insgesamt mit den 10 Cent im Verhältnis zur Teuerung dort angekommen sind, dass wir die Gruppen, die jetzt hier besonders belastet werden, dann beim nächsten Mal ausnehmen und die, die jetzt weniger belastet werden, erhöhen. Das möchte ich anregen in diesem Zusammenhang.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, gibt es sonst noch eine Wortmeldung. Ich sehe, das ist nicht der Fall. Bitte Schlusswort Referent.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Das ist auch der Grund, warum ich gesagt habe, wir erhöhen genau in diesem Bereich zwei Jahre nicht immer, wenn man sich das anschaut in der Tabelle und daher kommt es dann zu einer 10 Cent Erhöhung und nicht, dass wir jedes Jahr 5 Cent draufschlagen. Und das ist der Grund, warum dann einmal eine Null-Erhöhung ist und dann halt die paar Prozent darüber gegenüber den anderen.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Es ist wahrscheinlich dann so, dass im Wahljahr dann keine Erhöhung ist.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Nein, lieber Herr Kollege. Wenn du rechnen könntest, haben wir nächstes Jahr 2014, und daher keine Erhöhung, weil die 5 Cent Rechnung wäre und daher im Jahr 2015, wo die Wahlen sind, eigentlich die 10 Cent Erhöhung haben. Außer du kannst es beeinflussen, dass der VPI so niedrig ist, dass wir keine Erhöhung brauchen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke für die Erklärung. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtbetriebe Steyr GmbH vom 29.1.2013 wird der Preis-anpassung Freibad per 1.5.2013 entsprechend der Beilage im Sinne des Abänderungsantrages zugestimmt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bitte nächster Punkt.

8) FW-1/13

Antrag auf Verleihung der "Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr" an Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Gäste, geschätzte Medien. Alle Jahre wieder geht es natürlich auch darum, sich bei einem wichtigen Personenkreis zu bedanken, der in unserer Stadt auch für Sicherheit sorgt und das ist halt eine große Gruppierung, die Feuerwehr. Dafür gibt es für eine Tätigkeit über 15 Jahr hinaus die Feuerwehrverdienstmedaille der Stadt Steyr. Die wird an jene Personen vergeben, die dann auch vom Bezirksfeuerwehrkommando vorgeschlagen werden. Das sind heuer der Amtswalter Erich Gruber, der Amtswalter Philip Schweiger und der Löschmeister Marco Ursprunger. Übergeben werden sollen diese Medaillen im Rahmen der Vollversammlung der Freiwilligen Feuerwehr am 26. April. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Dem Antrag auf Verleihung der "Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr" an die im Amtsbericht der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 25.01.2013 genannten Personen wird zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1
Gemeinderat Thomas Kaliba*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich bedanke mich und darf den Herrn Vizebürgermeister Gunter Mayrhofer um seine Tagesordnungspunkte ersuchen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

9) Fin-215/12 „Musikfestival Steyr“ von 20. Juli bis 10. August 2013.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrte Damen und Herren. In meinem ersten Antrag geht es um die Projektförderung Musikfestival 2013, dass von Herrn Konsulent Ebner betreut wird. Es findet heuer das Musical Evita statt und ich darf den hier anwesenden Mandatarinnen und Mandataren vor allem den Chansonabend nahelegen, der den Titel „Ich bereue nichts“ hat. Wir geben für diese Projektförderung € 36.500,-- aus und € 32.000,-- werden mit materiellen und personellen Leistungen der Stadt und zur Verfügungstellung von Spielstätten erstattet. Das ergibt die Summe von € 68.500,--. Ich ersuche um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB VI vom 11. Jänner 2013 wird dem Verein „Musikfestival Steyr“, vertreten durch den Obmann, Herrn Konsulent Karl-Michael Ebner, p.A. Tourismusverband Steyr, 4400 Steyr, Stadtplatz 27, zur Durchführung des Musikfestival Steyr 2013 eine finanzielle Projektförderung in Form einer Subvention in der Höhe von

€ 36.500,-- (in Worten: EURO dreißigsechstausendfünfhundert) gewährt.

Der genannte Betrag ist im Voranschlag 2013 auf der VA-Stelle 1/300000/757000 vorgesehen und soll aus dieser VA-Stelle freigegeben werden.

Darüber hinaus wird durch **Inanspruchnahme von materiellen und personellen Leistungen sowie durch die zur Verfügungstellung von Spielstätten eine außerordentliche Subvention bis zu einem Pauschalhöchstbetrag von**

€ 32.000,-- (in Worten: EURO dreißigzweitausend) eingeräumt.

Im Rahmen der internen Leistungsverrechnung sind diese Beträge als außerordentliche Subvention vorzumerken und auf den erforderlichen VA-Stellen zu verbuchen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Ich glaube, das Musikfestival hat sich enorm etabliert. Die Musicalschiene hat im Vorjahr schon super funktioniert. Ich glaube, dass es heuer noch besser sein wird mit Evita. Das Um und Auf ist natürlich die Witterung, nicht nur für das Publikum sondern auch wegen der verkauften Eintrittskarten. Wir wünschen uns schönes Wetter, die Vorführungen werden toll sein. Karten können ab sofort gebucht und gekauft werden. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist wer dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2
GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Thomas Kaliba*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Dankeschön, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Hinweisen möchte ich noch auf das Frühjahrskonzert unserer Stadtkapelle, dass im Zyklus ihres 333-jährigen Bestehens bestritten wird. Auch hier ersuche ich um rege Teilnahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Der zweite Antrag bezieht sich auf die Jahressubvention 2013 für das AKKU Kulturzentrum Steyr. So wie im Budget vorgesehen, werden € 30.000,-- Jahressubvention zur Auszahlung gebracht. Ich ersuche um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 31. Jänner 2013 wird dem AKKU Kulturzentrum Steyr, vertreten durch den Obmann Kurt Daucher, 4400 Steyr, Färbergasse 5, eine Jahresförderung für das Jahr 2013 in der Höhe von **€ 30.000,-- (i.W. EURO dreißigtausend)** gewährt.

Der genannte Betrag findet seine Deckung bei der VA-Stelle 1/300000/757000 (Kulturangelegenheiten – lfd. Transferzahlungen an private Organisationen ohne Erwerbschar. – AKKU) und wird aus dieser VA-Stelle freigegeben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Hier liegt mir auch keine Wortmeldung vor. Ist jemand gegen diesen Antrag? Gegen diese Subvention? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2

GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Thomas Kaliba

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich bedanke mich für die Berichterstattung und darf den Herrn Vizebürgermeister Oppl um seine Tagesordnungspunkte ersuchen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen. Bei meinen ersten beiden Anträgen geht es um nicht unwesentliche finanzielle Investitionen in unseren Schulen. Und zwar der Schaffung von infrastrukturellen Maßnahmen im Zuge der ganztägigen Schulformen. Wir haben ja bekannterweise bei den Budgetsitzungen diese Mittel noch extra ins Budget aufgenommen, mit dem Hinweis, bis es hier zur Realisierung kommt, dass wir diese freigegebenen Mittel dann im Laufe des Jahres zu 100 % vom Bund sowie der OÖ Landesregierung revidiert bekommen. Bei meinem ersten Antrag geht es um die Hauptschule Ennsleite, um einen Gesamtbetrag von € 235.400,--. Das ist ganz genau im Amtsbericht und im Antrag aufgelistet, welche Investitionen hier getätigt werden und ich ersuche um Zustimmung meines Antrages.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 25.02.2013 wird den Auftragsvergaben die erste Etappe der Schaffung von infrastrukturellen Maßnahmen im Zuge der ganztägigen Schulform in der Hauptschule Ennsleite, Otto Glöckelstraße 4-6, an die

	exkl. USt.	inkl. USt.
Fa. Mayr Schulmöbel, Scharnstein – Mobiliar, die	€ 42.351,45	€ 50.821,94
Fa. Grinninger, Steyr – Akustikdecke, die	€ 33.174,98	€ 39.810,14
Fa. Hametner, Steyr – Bodenlegerarbeiten, die	€ 23.453,78	€ 28.144,65
Fa. Lamplmayr, Steyr – Elektroinstallation, die	€ 18.126,32	€ 21.751,67
Fa. META TEC, Ternberg – Überdachung, die	€ 18.063,65	€ 21.676,47
Fa. comp.nets.go, Steyr – EDV Ausstattung, die	€ 16.457,44	€ 19.749,01
Fa. Huber, Steyr – Malerarbeiten, die	€ 14.791,72	€ 17.750,14
Fa. Furthner, Zell an der Pram – Pinwände, die	€ 5.807,50	€ 6.969,00
Fa. Mayr Schulmöbel, Scharnstein – Sitzgarnituren, die	€ 5.153,92	€ 6.184,73
Fa. Klausriegler, Steyr – Installationsarbeiten, die	€ 2.716,54	€ 3.259,86
Fa. Lang & Menhofer, Steyr – Baumeisterarbeiten, die	€ 2.257,72	€ 2.709,27
Fa. Tutsch, Wien – Billardtisch, die	€ 2.036,99	€ 2.444,40
Kommunalbetriebe Steyr – Möbeltransport, die	€ 1.824,00	€ 2.188,80
Fa. Roraco, Wien – Erste Hilfe Puppe, die	€ 1.199,00	€ 1.438,80
Fa. Lagerhaus Dietach, Dietach – Gerätehaus, die	€ 1.164,29	€ 1.397,15
Fa. Lagerhaus Wolforn, Wolforn – Gartengeräte, die	€ 1.063,30	€ 1.275,97
Fa. Baumgartner, Linz – Vorhänge, die	€ 938,18	€ 1.125,82
Fa. Leutgeb, Steyr – Fliesenlegerarbeiten, die	€ 903,69	€ 1.084,43
Fa. Maier, Steyr – Filzmaschine, die	€ 733,33	€ 880,00
Fa. Kletter Shop, Neumarkt St. Veit – Sportgeräte, die	€ 685,06	€ 822,07
Fa. BALDI, Wernstein – Spiele, die	€ 475,12	€ 570,14
Fa. Nimmerland, Steyr – Spiele, die	€ 430,65	€ 516,78
Fa. ELCONT, Steyr – Bügelstation, die	€ 417,50	€ 501,00
Fa. Ivo Haas, Linz – Musikinstrumente, die	€ 308,50	€ 370,20
Fa. Hochbeet, Kirchberg – Gartengeräte, die	€ 275,88	€ 331,00
Fa. ELCONT, Steyr – Küchengeräte, die	€ 162,50	€ 195,00
Fa. Waldhauser, Steyr – CD Player, und die	€ 75,00	€ 90,00
Fa. Betzold, Kramsach – Spiele	€ 18,29	€ 21,95

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen wird

der Mittelfreigabe von

€ 235.400,00 inkl. USt. (zweihundertfünfunddreißigtausendvierhundert)
bei der VA-Stelle 5/212000/010200 (Hauptschulen Gebäude Maßnahme GTS)

zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Ich möchte aber dazu noch sagen, dass es relativ hohe Beträge sind, die hier beschlossen werden. Nur der erste, den wir gerade beschließen, € 235.400,--, das beschließt man so locker. Ich habe mir das angeschaut, nur die Steyrer Firmen profitieren von diesem Antrag ungefähr mit der Hälfte. Also über € 120.000,-- nur von diesem Antrag gehen aufgrund dieser ganztägigen Betreuung an die Steyrer Wirtschaft. Ich glaube, dass ist auch kein geringer Betrag und das andere kann man dann noch dazu zählen. Ich glaub, dass ist auch ein wichtiger und wesentlicher Punkt, den man erwähnen sollte und ein Impuls für die heimische und die Steyrer Wirtschaft. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 3
GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Thomas Kaliba

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Bitte nächster Punkt.

12) GHJ2-2/13 Erste Etappe der Schaffung von infrastrukturellen Maßnahmen im Zuge der ganztägigen Schulform – Volksschule Gleink.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Ich erlaube mir hier, die Erläuterungen zu ersparen, da diese gleich wie beim ersten Tagesordnungspunkt sind. Es geht hier um die Volksschule Gleink und um einen Betrag von € 54.400,--. Bitte um Freigabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 25.02.2013 wird den Auftragsvergaben die erste Etappe der Schaffung von infrastrukturellen Maßnahmen im Zuge der ganztägigen Schulform in der Volksschule Gleink, Safrangarten 2, an die

	exkl. USt.	inkl. USt.
Fa. GESTRA, Waldneukirchen – Spiel- und Freizeitanlage	€ 36.890,62	€ 44.268,92
Fa. Mayr Schulmöbel, Scharnstein – Mobiliar	€ 4.437,50	€ 5.325,02
Fa. Mayr Schulmöbel, Scharnstein – Sitzgarnituren	€ 3.032,94	€ 3.639,54
Fa. Ennsthaler, Steyr – Bücher	€ 691,39	€ 829,67
Fa. Nimmerland, Steyr – Spiele	€ 260,48	€ 312,58

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen wird der Mittelfreigabe von € 54.400,00 inkl. USt. (vierundfünfzigtausendvierhundert)

bei der VA-Stelle 5/211000/010200 (Volksschulen Gebäude Maßnahme GTS)

zugestimmt.

BÜRGEMEISTER GERALD HACKL:

Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Somit wurde auch dieser Antrag einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 3
GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Thomas Kaliba

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

13) GHJ2-6/13 Schaffung von infrastrukturellen Maßnahmen im Zuge der ganztägigen Schulform – Volksschule Tabor.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

In meinem dritten Antrag geht es um die Volksschule Tabor. Um einen Betrag von € 99.500,-. Bitte um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 04.03.2013 wird den Auftragsvergaben der Schaffung von infrastrukturellen Maßnahmen im Zuge der ganztägigen Schulform in der Volksschule Tabor, Taschelried 1, an die

	exkl. USt.	inkl. USt.
Fa. Lang & Menhofer, Steyr – Außenanlage	€ 23.238,97	€ 27.886,88
Fa. Connect Way, Chemnitz – Kletterwand	€ 16.748,23	€ 20.097,96
Fa. Mayr Schulmöbel, Scharnstein – Mobiliar	€ 9.739,49	€ 11.687,43
Fa. Katz & Klumpp, Fürnitz – Spiel- und Freizeitanlage	€ 7.536,19	€ 9.043,46
Fa. Mitterhuemer, Steyr – Elektroinstallation	€ 7.073,15	€ 8.487,81
Büro Kumpfmüller, Steyr – Landschaftsplanung	€ 5.500,00	€ 6.600,00
Fa. Hametner, Steyr – Bodenlegerarbeiten	€ 2.884,09	€ 3.460,92
Fa. Malerei & Fassaden, Steyr – Malerarbeiten	€ 2.503,74	€ 3.004,50
Fa. Breitschopf, Dietach – Kleinküche	€ 1.958,43	€ 2.350,12
Fa. Mitterhuemer, Steyr – Kücheneinbaugeräte	€ 1.721,74	€ 2.066,10
Fa. Wehrfritz, Linz – Spiele	€ 1.502,74	€ 1.803,29
Fa. Schmiderer & Schendl, Mehrnbach – Spiele	€ 719,46	€ 863,35
Fa. Schweiger Sport, Wartberg – Spiele	€ 536,91	€ 644,29
Fa. Ennsthaler, Steyr – Bücher	€ 493,33	€ 592,00
Fa. Taborland, Steyr – Geschirr	€ 265,51	€ 318,61
Fa. FAATZ, Steyr – Spenglerarbeiten	€ 257,44	€ 308,93
Fa. Nimmerland, Steyr – Spiele	€ 133,08	€ 159,70
Fa. Müller, Steyr – Spiele	€ 51,57	€ 61,88
Fa. JAKO-O, Linz – Spiele	€ 39,50	€ 47,40
Fa. ÖBAU Weindl, Steyr – Regal	€ 10,82	€ 12,98

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen wird

der Mittelfreigabe von

€ 99.500,00 inkl. USt. (neunundneunzigtausendfünfhundert)

bei der VA-Stelle 5/211000/010200 (Volksschulen Gebäude Maßnahme GTS)

zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Auch hier keine Wortmeldung, keine gegenteilige Auffassung, keine Stimmenthaltung. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Wie schon gesagt, man kann sich gerne die Auflistung anschauen, welche Firmen hier zum Zug kommen und welche Beträge das sind. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 3

GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Thomas Kaliba

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bedanke mich, bitte nächster und auch dein letzter Punkt.

14) Präs-683/02 Nachträgliche Lifteinbauten in Wohnhäusern – Förderungen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

In diesem Antrag geht es um die Förderung von nachträglichen Lifteinbauten in Wohnhäusern und zwar um zwölf zusätzliche Lifte im vergangenen Jahr. Wie sie wissen, haben wir bereits im Jahr 2002 und im Jahr 2005 diese Förderungsrichtlinien beschlossen. Man fördert hier nachträgliche Lifteinbauten mit insgesamt 30 %, aufgeteilt auf 15 Jahre. Es werden auch die anerkannten Errichtungskosten vom Land Oberösterreich ebenfalls für die Förderung herangezogen. Diese zwölf Liftanlagen verursachen eine Gesamtförderung von € 371.923,11,--. Wie gesagt, verteilt auf 15 Jahre. Wobei im Jahr 2013 ein Betrag von € 27.795,-- zur Auszahlung gelangen soll und ich stelle daher den Antrag, dass in Summe € 27.800,-- freigegeben werden. Vielleicht nur zur vollständigen Information, bei diesem Beschluss haben wir in der Stadt Steyr, seit unserem Entschluss, diese Anlagen zu fördern, insgesamt 133 Liftanlagen hier in unserer Stadt errichten können.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, zu Wort gemeldet hat sich Herr Gemeinderat Roman Eichhübl. Bitte Roman.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste, sehr verehrte Vertreter der öffentlichen Medien. Grundsätzlich eine wirklich sehr gute Sache der nachträgliche Lifteinbau, möchte ich betonen und deshalb haben wir auch immer wieder von Seiten der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion jegliche Aktionen unterstützt, weil es wirklich für alle Beteiligten ein Vorteil ist, insbesondere für jene ältere Mitbürger, die aufgrund der körperlichen Situation ihre Wohnräume in den höheren Stockwerken nicht mehr erreichen können und dadurch, weil eben Lifte nachträglich eingebaut werden, doch in ihrer gewohnten Umgebung bleiben könne. So weit so gut. Allerdings gibt es doch auch einen Wermutstropfen. Diesbezüglich habe ich auch mit dem Referenten gesprochen und möchte das auch heute in Erinnerung rufen. Es gibt dort und da Probleme, in Einzelfällen, wohl gemerkt, wo nicht alle Mieter mit dem nachträglichen Lifteinbau einverstanden sind und auch kein Schlüsselsystem haben wollen. Es gibt halt immer wieder Leute, die nicht mitmachen, weil das ja auch mit Kosten verbunden ist und dennoch aber dann diese Liftanlage benützen. Es kommt zu ungunstigen Situationen in der Wohngemeinschaft, weil man dieser Situationen nicht Herr werden kann. Ich darf aber den Referenten nochmals daran erinnern, es muss doch irgendeine Möglichkeit geben, auch diese zu beteiligen. Ich verstehe auch vollkommen jene, die darüber verärgert sind, die ihren Beitrag leisten, dafür bezahlen und andere benützen dann den Lift, die von Haus aus nicht damit einverstanden waren und natürlich auch nicht mit Kosten belastet werden. Also wie gesagt zur Erinnerung. Dieses Problem ist, so weit ich informiert bin, ist bis heute noch nicht gelöst.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Klassischer Fall von Trittbrettfahrern. Man kann es sich in Wahrheit ja gar nicht vorstellen. Da ist wer dagegen im Haus, stimmt dagegen, sagt nein. Dann bauen sie den Lift, alle zahlen die Kosten, nur die nicht, und dann fahren sich trotzdem. Man kann sich solche Leute in Wahrheit nicht vorstellen, aber sie gibt es leider. Wir müssen schauen, wie wir diesen tatsächlichen Missbrauch vielleicht verändern können.

Unverständliche Zwischenrufe.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Das Problem bei den nachträglichen Lifteinbauten, wo nicht die gesamte Hausgemeinschaft bereit ist, hier mitzufinanzieren, ist natürlich präsent. Es gibt viele. Wir haben uns als Richtlinie selbst auferlegt, dass mindestens 50 % der Mieterschaft dafür sein muss, denn schlussendlich auch auf diese 50 % die anfallenden Errichtungskosten und auch Betriebskosten

angerechnet werden müssen. Um eben dann zu unterbinden, dass dann Missbrauch betrieben wird, ist in diesen Anlagen, wo in den Häusern nicht alle mitmachen, natürlich eine Schlüsselanlage vorgesehen. Jetzt weiß ich von dir, dass es ein oder zwei Häuser gibt, wo es keine Schlüsselanlage gibt, das ist aber nicht die Norm. Die Norm ist, wie gesagt, dass überall dort, wo die Mieterschaft nicht zu 100 % mitmacht, eine Schlüsselanlage installiert wurde und somit nur jene den Lift benützen könne, die auch hier die Unterschrift geleistet haben. Zu deiner letzten Frage, warum kann man nicht einfach sagen, es müssen alle mitmachen. Die Problematik liegt darin, dass das Land diese Anlagen zu 50 % fördern und wir haben uns damals mit einem Gemeinderatsbeschluss angeschlossen und haben gesagt, wir fördern zu 30 %. Finanziert wird das seitens des Landes aus dem sogenannten Umfeldverbesserungstopf und nicht aus der Wohnbauförderung. Würde es aus der Wohnbauförderung finanziert, so wie bei unserer Generalsanierung, dann hätten wir sehr wohl die Möglichkeit und könnten sagen, okay, wir errichten einen Lift und das wird im Zuge der Generalsanierung im Rahmen der Wohnbauförderung abgewickelt. Bei dem Umfeldverbesserungstopf ist das nicht möglich, das ist eine freiwillige Leistung, wo unsere Mieter zustimmen müssen. Wir als Stadt und natürlich auch das Land können nur sagen, das ist ein Angebot wie dies bei uns in Steyr ist, diese Anlage wird mit 80 % der Gesamterrichtungskosten, zahlbar von der öffentlichen Hand, finanziert. Wir können hier die Leute nicht dazu zwingen. Aber ich denke, die Anzahl von 133 Liften ist eine stolze Zahl und es gibt eigentlich nur ganz wenige Häuser, die noch in Betracht kommen und noch keine Liftanlage haben. Erfahrungen aus den vergangenen Jahren waren so, dass Lifte errichtet worden sind, die in den Nebenhäusern haben gesagt nein. Bei uns, bei der GWG der Stadt Steyr, haben sie die Generalsanierungen so durchgeführt, dass sie die Stiegenhäuser schon dementsprechend vorbereitet haben, sollte sich dann die Mieterschaft entschließen, dass sie nachträglich doch einen Lift wollen, muss dann nur mehr das Fundament gemacht werden und nur mehr die einzelnen Elemente im Stiegenhaus demontiert werden und die fertige Liftanlage ohne zusätzliche Stemm- und Bauarbeiten hinzugefügt werden kann. Es gibt viele Lifte, die im Nachhinein, nach der Generalsanierung dann errichtet wurden, weil uns dann die Leute auf einmal die Türe eingerannt sind und gesagt haben, wir möchten jetzt auch einen Lift. Das ist natürlich ein Unterschied bei den Kosten. Die Errichtungskosten sind relativ über den Weichen. Der Unterschied ist natürlich bei den Betriebskosten, wo man dann wieder bei den Betroffenen auf Unverständnis trifft, dass die einen fast um die Hälfte weniger Betriebskosten zahlen, als die gegenüber in den anderen Häusern. In dem einen Haus sind zum Teil 16 Wohnungen und in den gegenüberliegenden Häusern sind in denselben Stockwerken 8 Wohnungen. Die Betriebskosten sind überall die gleichen, aber in einem Haus mit 16 Parteien reduziert sich natürlich der Anteil der Betriebskosten wesentlich. Aber im Grunde ist das eine hervorragende Sache und ich ersuche um Abstimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 25. Februar 2013 werden den aus der beiliegenden Aufstellung ersichtlichen Wohnbauträgern, für die in den darin angeführten Wohnbauten nachträglich eingebauten 12 Lifte, halbjährliche Annuitätenzuschüsse in der Höhe von jeweils insgesamt 30 % der vom Land Oberösterreich gemäß Endabrechnung anerkannten Investitionskosten verteilt auf 15 Jahre gewährt, wobei die Investitionskosten je Lift bei Wohnobjekten mit 3 Obergeschossen mit € 100.000,-- und bei Wohnobjekten mit 4 Obergeschossen mit € 120.000,-- nach oben begrenzt werden. Dies bedeutet eine Gesamtförderung in der Höhe von € 371.923,11 verteilt auf 15 Jahre, wovon im Jahr 2013 ca. € 27.795,-- zur Auszahlung gelangen. Die Details zu den einzelnen Objekten sind der beiliegenden Aufstellung zu entnehmen.

Dazu werden bei VAS 5/853100/775000 Mittel in der Höhe von € 27.800,-- für das Rechnungsjahr 2013 freigegeben. Die restlichen Mittel sind in den Budgets der Folgejahre vorzusehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 27.800,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wer für diesen Antrag ist, dass die Erfolgsgeschichte Liftnachrüstung weiter fortgeführt wird, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bitte Walter, dein letzter Punkt.

15) BauGru-8/12 Stadtentwicklungskonzeptänderung Nr. 1.42; Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.56; Stadtgut Steyr Parkplatz Zone D.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

In meinem letzten Antrag geht es um eine Änderung des Stadtentwicklungskonzeptes bzw. einer Flächenwidmungsplanänderung im Bereich des Stadtgutes, Parkplatz Zone D im Ausmaß von ca. 3000 m² für die Errichtung eines Musik Fachgeschäftes der Fa. Corn, mit einer maximalen Verkaufsfläche von 1500 m². Wir haben den Einleitungsbeschluss des Stadtse-nat bereits am 12.04.2012 beschlossen und zur Vorbegutachtung an die Raumordnungsbe-hörde nach Linz geschickt. Es ist dann eine negative Stellungnahme zurückgekommen mit dem Argument, dass es in diesem Bereich aufgrund der Nutzung nicht ganz passt, aus der Sicht des Landes. Dem steht aber gegenüber, dass diese Umwidmung nicht dem Planungs-ziel entspricht, weil es sich einerseits um eine örtliche Raumplanung aufgrund der Größen-ordnung handelt, respektive es schon einige **unverständlich** Beispiele direkt im unmittelba-ren Umfeld von dieser geplanten Umwidmung gibt. Daher schlage ich vor, dass der Ge-meinderat diesen Antrag, die Umwidmung, positiv beschließt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Stadtrat Dr. Zöttl. Bitte Helmut.

STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Den vorliegenden Tagesordnungs-punkt haben wir ja schon in vielen Gremien behandelt und mehrfach durchdiskutiert. Ich hatte da von Anfang an ein bisschen Bedenken, ob es richtig ist, weitere Verkaufs- bzw. Handelsflächen im Areal dort unten zu schaffen. Es handelt sich in der Zone D um ein Ge-biet, dass für produzierende, verarbeitende, gewerbliche und industrielle Betriebe von Be-deutung ist und wurde auch dementsprechend gewidmet. Ich habe sehr wohl Verständnis für die wirtschaftlichen Überlegungen der Verkäufer, ebenso habe ich auch Verständnis für das Interesse des Käufers. Es handelt sich um 3000 m², die in einer guten und werbewirksamen Lage liegen. Nachdem jetzt auch das Land Oberösterreich negativ beurteilt hat und auch aus fachlicher Sicht das ablehnt, werden auch wir diesem nicht zustimmen. Aus unserer Sicht sollte das Grundstück widmungskonform verwendet werden, wenn möglich in einer Einheit verkauft werden und wenn schon nur in kleinen Teilstücken, dann sollten diese von hinten nach vorne verkauft werden. Weil nur so ist gewährleistet und sichergestellt, dass auch die restliche Fläche dementsprechend verwertet werden kann. Ich habe mir das ange-schaut. Wenn wir uns das ansehen, es geht jetzt hier um diese rote Zone. Und sowohl von der Stadt und vom Zentralraum Linz muss jeder im Plan Richtung Nordspange zum TIC bzw. Stadtgut fahren. Ich glaube, dass es ein Fehler ist, genau hier vorne an der besten Fläche

3000 m² abzutrennen und dort eine zukünftige Verbauung bzw. Werbewirksamkeit für eine **unverständlich** damit zu behindern. Ich glaube, dass das ein Fehler ist. Besser wäre es, von hinten anzufangen. Danke!

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke für die Wortmeldung. Als nächster hat sich gemeldet Herr Mag. Kaufmann. Bitte Reinhard.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte einen anderen Punkt ansprechen. Weil das so schön drinnen steht im Amtsbericht. Die Haltestelle der städtischen Buslinie liegt nur 400 m entfernt. Mag sein, ich weiß nicht, wer öfter mit dem Bus Richtung Stadtgut fährt aus der Runde hier. Ich mache das manchmal, zum zurückfahren muss ich mir dann immer irgend etwas organisieren. Es mag zwar eine Haltestelle dort sein, aber der Stundentakt in einem Umweg über die Steiner Straße, dass ist weder für Arbeitnehmer/Innen im Bereich des Stadtgutes noch für allfällige Kunden und Kundinnen von Geschäften dort interessant. Also das ist wieder ein Punkt, der vorher schon ein bisschen angesprochen wurde. Wir denken immer nur, dass alle mit Autos unterwegs sind. Auch wenn wir oft mit Autos unterwegs sind, es soll auch andere Möglichkeiten geben und ich glaube, wir müssen budgetär hinkommen, dass wir bei städteplanerischen Entscheidungen immer auch mitdenken, wie funktioniert das wirklich, dass man irgendetwas mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht. Danke!

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Vbgm. Mayrhofer. Bitte Gunter.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFFER:

Ich glaube, die Umwidmung ist prinzipiell eine positive Sache. Ich bin nicht ganz der Meinung vom Kollegen Zöttl. Weil die Größe eines Betriebes ist nicht entscheidend. Die müssen nicht unbedingt in der ersten Reihe stehen, im Gegenteil. Wenn großer Betrieb, zum Beispiel mit einer Höhe wie NKE, in der ersten Reihe steht, sieht man überhaupt nicht mehr, was dahinter ist. Das heißt, eine Staffelung wäre da sicher besser, damit mehrere gesehen werden. Außerdem braucht ein produzierender Betrieb die Werbung nicht auf der Straße, weil der liefert ganz wo anders hin. Aber ein Verkaufsgeschäft braucht natürlich Sichtbarkeit, weil es vom Verkehr abhängig ist und auch von Zufallskunden. Ich glaube, dass das wie vorgesehen schon die richtige Lösung ist.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächster zu Wort gemeldet Herr Vizebürgermeister Hauser. Bitte Willi!

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Meine geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates. Der Kollege Kaufmann hat jetzt da die Buslinie 5 angesprochen und ich möchte da schon dazu sagen, dass wir diese Linie ursprünglich einmal halbstündlich gefahren sind, da hat uns jeder gefragt, ob wir wahnsinnig sind, weil in vielen Bereichen gar keiner drinnen gesessen ist. Dann haben wir es auf stündlich erweitert und sind gar nicht beim TIC vorbeigefahren. Dann haben wir die Linienführung geändert, beim TIC vorbei, weil alle gesagt haben, es werden alle mit dem Bus zum TIC fahren. Haben auch angeboten uns das, wenn es Notwendigkeiten gibt, auch anzusehen. Wir haben einen Auslastungsplan von ca. 16 %. Ich denke mir, hier hält sich der Schmerz bei den Busbenutzern sehr gering, bei den Betreibern ist er ein bisschen größer, weil eigentlich müsste man einen Deckungsgrad von 65 % haben, dass wir die Linie überhaupt betreiben dürfen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Nach Durchführung der erforderlichen amtlichen Ermittlungen wird die Stadtentwicklungskonzeptänderung Nr. 1.42 und die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.56 - Stadtgut Steyr

Parkplatz Zone D - entsprechend den Plänen der FA Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 20.09.2012 und den Ausführungen im Amtsbericht der FA für Bau-, Anlagen- und Wasserrecht vom 04.03.2013 beschlossen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke für die Information. Wir kommen zur Abstimmung. Außer es wünscht noch jemand das Wort. Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Keine Stimmenthaltung. 5 oder 6 Gegenstimmen habe ich gezählt. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **29**

SPÖ 17 – (Bgm. Gerald Hackl; Vbgm. Walter Oppl; Vbgm. Wilhelm Hauser; StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger; StR Dr. Michael Schodermayr; GR Rudolf Blasi; GR Ernst Esterle; GRⁱⁿ Helga Feller-Höller; GR Kurt-Werner Haslinger; GRⁱⁿ Rosa Hieß; GR Ing. Franz-Michael Hingerl; GR Thomas Kaliba; GR Mag. Gerhard Klausberger; GRⁱⁿ Erika Loibl, MAS; GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber; GR Rudolf Schröder; GRⁱⁿ Silvia Thurner)

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 8 – (Vbgm. Gunter Mayrhofer; GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech; GR Mag. Wolfgang Glaser; GR Ing. Wolfgang Hack; GRⁱⁿ Eva-Maria Leitner; GR Florian Schauer; GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 3 – (GR Kurt Apfelthaler; GR Mag. Reinhard Kaufmann; GRⁱⁿ Natascha Payrleithner)

FPÖ 1 – (GR Hans Payrleithner)

Ablehnung: **5**

FPÖ 5 – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke für die Berichterstattung und ich darf den Stadtrat Dr. Schodermayr um seine Tagesordnungspunkte ersuchen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

16) PräS-38/13 Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für ehrenamtliche Tätigkeit an Frau Ottilie Bruckbauer.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Liebe Gäste, liebe Presse, geschätzte Kolleginnen und Kollege, Beamtenschaft, hohes Präsidium. Ich darf bei meinen drei ersten Anträgen um Zustimmung für die Verleihung von Ehrenzeichen von ehrenamtlichen Tätigkeiten bitten. Im ersten Antrag geht es um die Frau

Otilie Bruckbauer, die für ihr Engagement, ihr Jahrzehnte langes ehrenamtliches Engagement im Bereich des Vereins für Städtefreundschaft geehrt werden soll. Sie hat sich da sehr engagiert im Bereich der Jugendarbeit, Jugendaustauschgruppen, Werksstudentenaustausch und soll dafür das Ehrenzeichen der Stadt Steyr erhalten. Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bitte Herr Kollege, bitte Herr Eichhübl Roman. Ich war jetzt ganz überrascht über die Wortmeldung. Entschuldigung ... nein, dass sich überhaupt wer gemeldet hat.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium. Offensichtlich herrscht hier am Präsidiumstisch Überraschung, dass sich jemand zu Wort gemeldet hat zu diesem Tagesordnungspunkt und den weiteren. Wenn es um Ehrungen geht und es an und für sich üblich ist, dass im Vorfeld diese Angelegenheiten abgesprochen werden und es im Gemeinderat zu keiner Diskussion kommt. Ich möchte auch keine Diskussion bezüglich der Person beginnen oder der Personen, die geehrt werden sollen. Im Gegenteil, ich bin nach wie vor im Namen der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion selbstverständlich dafür, dass Ehrungen für besondere Verdienste um die Stadt Steyr ausgesprochen werden, aber gerade das ist der Punkt, wo wir im Vorfeld der Änderung dieser Richtlinien sehr deutlich darauf hingewiesen habe, dass wir Wert darauf legen, dass es zu keiner Inflation kommt. Das man nicht inflationär beginnt, Ehrungen auf alle Richtungen auszudehnen und in alle Richtungen hier Ehrungen ausspricht. Gerade in dieser Angelegenheit geht es ja um ehrenamtliche Tätigkeit und man hat, so ist mir berichtet worden und auch steht das im Protokoll drinnen, ursprünglich beabsichtigt, vier Personen zu ehren. Man ist dann doch aufgrund eines Einwandes unserer Kollegin Greinöcker auf die drei Personen zurückgegangen. Das ist eigentlich der wahre Grund meiner Wortmeldung und ich bitte darum, dass man auch in Zukunft, wie gesagt, nicht inflationär in allen Bereichen vorgeht, sondern wirklich sorgsam jene Personen auswählt, die sich besonders um die Stadt Steyr verdient gemacht haben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön, wünscht noch jemand das Wort. Das ist nicht der Falle. Bitte Herr Referent das Schlusswort oder kommen wir zur Abstimmung?

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste vom 25. Februar 2013 wird Frau Otilie Bruckbauer gemäß § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr in Verbindung mit § 36 der Ehrenzeichenrichtlinien 2010 mit dem Ehrenzeichen der Stadt Steyr für ehrenamtliche Tätigkeit ausgezeichnet.

Die Eintragung im Ehrenbuch der Stadt Steyr für das Ehrenzeichen für ehrenamtliche Tätigkeit hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für ehrenamtliche Tätigkeit erfolgt in Anerkennung und Würdigung ihrer über das normale Maß hinausreichenden Verdienste und für ihr beispielhaftes Engagement in leitender Funktion des Vereines für Städtefreundschaften.“

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Bitte der nächste Punkt.

17) Präs-39/13 Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für ehrenamtliche Tätigkeit an Herrn Enrico Savio.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Der zweite Punkt zur Verleihung des Ehrenzeichens für ehrenamtliche Tätigkeiten an Herrn Enrico Savio. Ich denke, den Herrn Enrico Savio vorzustellen, ist nicht nötig. Den Herrn Savio kennt jeder, weiß sein Engagement für den Kunstverein ist ein sehr hohes und auszeichnungswürdiges. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste vom 25. Februar 2013 wird Herrn Enrico Savio gemäß § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr in Verbindung mit § 36 der Ehrenzeichenrichtlinien 2010 mit dem Ehrenzeichen der Stadt Steyr für ehrenamtliche Tätigkeit ausgezeichnet.

Die Eintragung im Ehrenbuch der Stadt Steyr für das Ehrenzeichen für ehrenamtliche Tätigkeit hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für ehrenamtliche Tätigkeit erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner über das normale Maß hinausreichenden Verdienste und für sein beispielhaftes Engagement in leitender Funktion des Kunstvereines Steyr.“

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Es liegt mir keine Wortmeldung vor. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist wer dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde auch einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Bitte der nächste Punkt.

18) Präs-40/13 Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für ehrenamtliche Tätigkeit an Frau Maria Anna Gajo.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

In meinem dritten Tagesordnungspunkt geht es um die Verleihung eines Ehrenzeichens für ehrenamtliche Tätigkeiten für die Frau Maria Anna Gajo, die in sehr vielfältiger Weise seit vielen Jahrzehnten ehrenamtlich tätig ist. Ich mag jetzt gar nicht alle Bereiche aufzählen. Der letzte Punkt ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit ist ihr Einsatz bzw. ihr Engagement für die Stadtpfarrkirche Steyr. Hier ist sie auf allen Ebenen tätig und ich bitte auch hier um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste vom 25. Februar 2013 wird Frau Maria Anna Gajo gemäß § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr in Verbindung mit § 36 der Ehrenzeichenrichtlinien 2010 mit dem Ehrenzeichen der Stadt Steyr für ehrenamtliche Tätigkeit ausgezeichnet.

Die Eintragung im Ehrenbuch der Stadt Steyr für das Ehrenzeichen für ehrenamtliche Tätigkeit hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für ehrenamtliche Tätigkeit erfolgt in Anerkennung und Würdigung ihrer über das normale Maß hinausreichenden Verdienste und für ihr beispielhaftes Engagement für die Stadtpfarrkirche Steyr.“

BÜRGEMEISTER GERALD HACKL:

Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung. Somit ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen worden.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGEMEISTER GERALD HACKL:

Bedanke mich und dein letzter Punkt bitte.

19) SH-107/13 Mobile Dienste – Miteinander GmbH; Kündigung der Vereinbarung per 31. 12. 2013.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

In diesem Antrag geht es um Kündigung der Vereinbarung zwischen der Stadt Steyr und der Miteinander GmbH. Der Hintergrund für diesen Antrag ist ein Programm, eine Umstrukturierung der mobilen Dienste. Es ist seit heuer das Normkostenmodell in Kraft und im Zuge der Einführung des Normkostenmodells hat das Land Oberösterreich schon vor mehreren Jahren informiert, dass fixe Sprengel in den Bezirken einzuteilen sind. Wir haben uns dagegen lange gewehrt. Jetzt ist es schlichtweg ein Muss, wir mussten diese Sprengeinteilung durchführen und wir haben hier Vorgaben vom Land gehabt, die da geheißen haben, fixe Sprengeinteilung, möglichst wenig Überschneidungsmöglichkeiten. Eine klare Zuteilung der Sprengel zu den einzelnen Anbieterorganisationen. Eine oder im Ausnahmefall zwei Organisationen pro Sprengel. In Steyr haben wir die besondere Situation gehabt, dass wir drei Anbieterorganisationen haben, wobei eine Anbieterorganisation eine Vorgabe des Landes nicht erfüllt hat, nämlich die Multiprofessionalität, das heißt das Land hat vorgegeben, dass alle Organisationen sowohl mit Hauskrankenpflege, mit FSBA, früher war das die Altenfachbetreuung jetzt heißt es Fachbetreuung mit Altenarbeit, sowie Heimhelferinnen auszustatten sind. Im Zuge der Diskussion des letzten Jahres hat sich dann herausgestellt, dass eine Zweiteilung von Steyr die sinnvollste Lösung ist. Die Grenze verläuft entlang der Enns. Die Grenze, also alles was in westlicher Himmelsrichtung bzw. westlich der Enns ist plus Ennsdorf und Neuschönau wird von Vita Mobile betreut, alles was östlich der Enns ist, ohne Neuschönau und Ennsdorf, soll die Volkshilfe Steyr betreuen. Im Zuge dessen ist es notwendig, die Vereinbarung mit dem Verein Miteinander aufzukündigen. Der Verein Miteinander verschwindet aber nicht aus Steyr, sondern bleibt im Behindertenbereich erhalten. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Als erster zu Wort gemeldet Herr Mag. Glaser. Bitte.

GEMEINDERAT MAG. WOLFGANG GLASER:

Ich habe beim Verein Miteinander vier Jahre gearbeitet. Ende der 80er Jahre war ich maßgeblich daran beteiligt, einen mobilen Hilfsdienst für Miteinander in Steyr aufzubauen. Ich bin nach wie vor im Vorstand und erkläre mich deshalb als befangen und werde mich der Stimme enthalten. Ich appelliere an alle im Gemeinderat vertretenen Personen, die ebenfalls eine Funktion bei einer dieser drei Organisationen bekleiden, die von der Sozialsprengelaufteilung betroffen sind, sich ebenfalls der Stimme zu enthalten.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich bedanke mich für diese Erklärung. Als nächster zu Wort gemeldet ist die Frau Mag. Frech. Bitte Michaela.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Medienvertreter und Gäste. Nicht alles, was auf den ersten Blick flüssig klingt, ist es auch. Es ist 15 Jahre her, da gab es einen Gemeinderatsbeschluss, nämlich einen Gemeinderatsbeschluss, dass zwei Personaleinheiten für Hauskrankenpflege und zwei Personaleinheiten für mobile Altenpflege vergeben werden, an eine bis dahin in Steyr nicht präsente Organisation im Zusammenhang mit der Altenbetreuung, nämlich die Volkshilfe. Das war ein Antrag, wo es damals einen Abänderungsantrag gegeben hat von drei Fraktionen und der mir auch besonders wichtig war, nämlich dass diese Personaleinheiten, zwei Einheiten Hauskrankenpflege, zwei Einheiten mobile Altenhilfe, auf die bis dahin bereits tätigen zwei Organisationen, nämlich dem Mobilen Hilfsdienst und die Hauskrankenpflege, also Vita Mobile, aufgeteilt werden, weil diese sie dringend benötigten. Und das man, das war auch eine Richtlinie vom Land damals, das auf die bestehenden Organisationen aufteilt, das ist dann nicht passiert. Die Mehrheit in diesem Gemeinderat hat entschieden, nein diese zwei Einheiten bekommt eine neue Organisation. Heute argumentiert man genau damit, dass der Verein Miteinander keine Hauskrankenpflege hat und deshalb nicht multiprofessionell ist. Er ist es deshalb nicht, weil wir bereits vor 15 Jahren, ich nicht, aber die Mehrheit in diesem Gemeinderat da herinnen damals, entschieden hat, die bekommen diese zwei Personaleinheiten nicht bzw. wenn man es aufgeteilt hätte, eine. Das heißt, die hätten seit 15 Jahren schon eine Einheit Hauskrankenpflege. Sie haben sie immer wieder eingefordert, nicht nur einmal. Sie haben sie von der Stadt nicht bekommen. Jetzt argumentiert man, ihr seid ja nicht multiprofessionell, es muss ja jeder multiprofessionell sein. Das ist nicht das Verschulden des Vereins Miteinander, in keinsten Weise. Das ist unser Verschulden hier herinnen, dass sie das nicht haben, weil wir damals entschieden haben für eine dritte Organisation. Ich habe damals gesagt, das ist 15 Jahre her, ich werde mir das genau anschauen, wie das weitergeht und ob man das alles einhalten wird, was man damals vor 15 Jahren versprochen hat. Heute sehe ich, das wurde nicht eingehalten. Damals hat die Frau Vizebürgermeister Mach gesagt, es ist niemals daran gedacht worden und es braucht sich niemand Sorgen machen, weder die Heimhilfe, noch Hauskrankenpflege noch Mobi, dass durch den zusätzlichen Einsatz der Volkshilfe bei einer der bestehenden Hilfsorganisation Personal abgebaut wird. Das ist uns damals versprochen worden und Monopolstellungen, die haben wir jetzt mehr oder weniger, weil jetzt haben wir nicht drei Organisationen in diesem Bereich sondern nur zwei. Vizebürgermeisterin Mach damals im Original, Monopolstellungen machen abhängig und es leidet die Qualität. Aus Erfahrung kann ich sagen, dass mehrere Organisationen sinnvoll sind. Und heute ist alles plötzlich ganz anders. Ich glaube nicht, dass sich die Situation geändert hat, überhaupt nicht, nur jetzt versucht man plötzlich Argumente zu finden, warum man unbedingt diesen Schritt gehen muss, dass man praktisch diesen Verein hier im Bereich der Altenbetreuung aus Steyr letztlich entfernt. Es ist uns damals versprochen worden, es ist nicht eingetreten, ich habe sowieso nicht daran geglaubt, es tut mir sehr leid, dass die Dinge jetzt so passiert sind wie sie passiert sind. Es gibt viele Gründe, warum man diesem Antrag nicht zustimmen kann. Ich beschränke mich auf die Aspekte. Der erste Aspekt und der sollte uns allen wichtig sein ist das Thema Wahlfreiheit. Was diesen drei Fraktionen, die damals den Antrag eingebracht haben, vor 15 Jahren schon und heute auch noch, das war die GAL damals, die Freiheitliche Fraktion und ich, nämlich Wahlfreiheit für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Es ist keine Wahlfreiheit mehr, wenn ich diese Aufteilung habe, je nachdem wo ich wohne, muss ich eine bestimmte Organisation nehmen, ob ich möchte oder nicht. Und wie gesagt, Wahlfreiheit ist damals auch zugesichert worden und es wurde gesagt, man hat dann noch mehr Wahlfreiheit bei drei Organisationen. Der zweite Aspekt ist, man hat damals vor 15 Jahren argumentiert, wir brauchen unbedingt drei Organisationen in Steyr. Die Situation hat sich nicht geändert, ganz im Gegenteil, man braucht sogar wahrscheinlich mehr Betreuung in Zukunft. Monopolstellungen sind schlecht haben wir gehört. Damals hat die Frau Vizebürgermeister Mach gesagt, es leidet die Qualität etc. Jetzt gleiten

wir ab von dieser ursprünglichen Entscheidung. Und gerade die SPÖ hat immer wieder betont, wie wichtig es ist, dass es in Steyr drei Organisationen gibt. Das man schwerpunktmäßig den Bedarf in Stadtteilen abdeckt. Es ist schon klar, es gibt dieses Normkostenmodell, das bestreiten wir ja nicht. Es wird wahrscheinlich für die Organisationen finanziell auch ein bisschen enger, aber es ist auch nicht so, dass wir nicht mehr Sprengel haben dürfen und mehrere Organisationen in den einzelnen Sprengeln. Die Landesrichtlinie erlaubt sehr wohl und das steht ja auch im Amtsbericht drinnen, dass bis zu zwei Organisationen in einem Sprengel tätig sein können. Auch wenn man den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Miteinander GmbH garantiert, sie würden ihren Arbeitsplatz nicht verlieren, so ist schon ein Wechsel zu einem anderen Arbeitgeber nicht so einfach, denn man identifiziert sich wohl auch mit der Organisation, in der man viele Jahre gearbeitet hat. Der dritte Aspekt, die fehlende Hauskrankenpflege, als Argument der Vertragsauflösung, das kann ich wirklich nicht hören. Weil wenn sie sich dieses Protokoll durchlesen, aus dem Jahr 1998, und da sehen, dass es wirklich darum gegangen ist, dass man damals schon gesagt hat, die brauchen eine Hauskrankenpflege. Drei Fraktionen im Gemeinderat haben das so gesehen, der Verein hat das so gesehen. Man hat es ihm nie gegeben. Zum Thema, sie haben ja keine Erfahrung darin. Also auch die Volkshilfe hatte keine Erfahrung im Behindertenbereich, bevor man ihr die Dienstleistung in diesem Bereich zugesprochen hat, wie zum Beispiel die mobile Begleitung von Menschen mit Behinderung. Der vierte Aspekt ist die grundsätzliche Vorgehensweise. In der Einladung zur Sitzung des Sozialausschusses für den 27.11.2012 wurde der Tagesordnungspunkt Mobile Betreuung und Hilfe und Hauskrankenpflege – Sprengelenteilung und Multiprofessionalisierung – Diskussion und Entscheidung über weitere Vorgehensweise, angekündigt. Präsentiert wurden dann in der Sitzung des Sozialausschusses drei mögliche Vorschläge und da war es schon relativ klar, dass man sich im Vorfeld schon auf eine Lösung eingeschossen hatte, dass es in Zukunft nur mehr zwei Anbieter in Steyr geben soll. Und zwar Volkshilfe und Vita Mobile. Dies wurde dadurch deutlich, dass noch am gleichen Tag, als die betreffende Sitzung des Sozialausschusses stattfand, ein Gespräch mit den Leitern der Miteinander GmbH. stattfand, wo sie darüber informiert wurden, dass der Vertrag für die mobile Altenbetreuung gekündigt wird **unverständlich**. Das passiert auch ganz gern, dass man Fakten schafft. Das war auch 1998 nicht anders. Damals hat man das Faktum geschaffen, dass man gesagt hat die Volkshilfe wird in Münchenholz situiert, wo man auch schon gewusst hat, dass das Alten- und Pflegeheim gebaut wird – das war damals noch gar nicht - aber damit hat man auch die Fakten geschaffen, dass dann – das ist auch passiert- 1998 schon .. da sind wir davon ausgegangen, dass dort dann auch im APM die Volkshilfe aktiv sein wird. Das heißt, man schafft die Fakten, teilt ihnen das mit, auch noch vor diesem Gemeinderatsbeschluss. Das finde ich auch ganz interessant, weil der Gemeinderat beschließt heute hoffentlich nicht, aber er ist da beschlussfassendes Organ für die Kündigung eines Vertrages. Da sagt man den Vertretern schon am 27. November, wir werden das kündigen und eine neue Organisation gibt es auch gleich. Wie gesagt, die Vorgehensweise, ich möchte da auch nicht näher darauf eingehen. Ich finde es sehr befremdend, wie hier vorgegangen wird, bei einer Einrichtung, die seit vielen, vielen Jahren sich hier für das Wohle der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger einsetzt. Ich denke mir, worum sollte es uns gehen? Es sollte uns um die Wahlfreiheit unserer Bürgerinnen und Bürger gehen. Es sollte uns darum gehen, dass wir mit den Vereinen wertschätzend umgehen. Es sollte uns darum gehen, dass wir das, was wir einmal besprochen haben, was einzelne, damals Verantwortliche, versprochen haben, dass das auch eingehalten wird. Es sollte immer darum gehen, dass man Lösungen findet und zwar Lösungen, die sachpolitisch argumentiert sind und nicht mit irgendwelchen Interessen verbunden sind, die mit der Sache selbst nichts zu tun haben. Da nehme ich jetzt als Beispiel Wels heran. In Wels gibt es fünf Einrichtungen. Trotzdem versucht man in der Stadt Wels eine Lösung jetzt zu finden, wo alle Einrichtungen weiter auch in Wels tätig sind und zwar durchaus eine Regelung, die im Normkostenmodell in Verbindung steht. Wobei eines muss man auch noch dazu sagen, das ist jetzt meine persönlich Meinung, alleine das Normkostenmodell, im Zusammenhang mit Alten- und Pflegebetreuung, wo es um Menschen geht, stößt mir ein bisschen sauer auf. Unsere Fraktion wird daher mit Sicherheit nicht für diese Aufhebung stimmen und wir würden sehr froh sein, wenn es möglich wäre, eine Lösung zu finden. Ich bin mir sicher die gibt es, wo alle drei Verein in

Steyr ihre Betreuung machen können. Eine maximale Qualität zu minimalen Kosten, zu gleichen Wahlfreiheiten die die Bürgerinnen und Bürger zu haben. Ich würde sie bitten, diese Entscheidung hier und heute nicht zu treffen, das Beste wäre, aber ich bin mir sicher, dazu ist man nicht bereit, den Antrag abzusetzen. Wir haben ja noch Zeit. Wir sind vom Land ja verpflichtet, erst bis 2014 noch einmal darüber nachzudenken, sich an einen Tisch zu setzen und eine Lösung zu finden. Da sollte nämlich eigentlich unsere Arbeit sein. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächster zu Wort gemeldet der Herr Gemeinderat Payrleithner. Bitte Herr Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen, geschätzte Kollegen. Ich möchte einmal vorausschicken, ich bin in keinem Vorstand oder sonst irgendwo in einem Verein tätig und sehe das daher sehr unbefangen und ich glaube auch neutral und objektiv. Ich bin aber der Meinung, dass wir ein bewährtes System mit drei Organisation in Steyr beibehalten sollen und diese Argumente, die da hier angeführt wurden, meiner Meinung nach etwas vorge-schoben ausschauen. Ich bin auch der Meinung, dass die Aufteilung von Steyr in Sprengel etwas rückwärts gewandt wird, weil wenn wir so weitermachen, sind wir bald nur mehr ein Sprengel in Steyr. Ich glaube das wichtigste ist, dass die Bürger selber entscheiden können, wen sie sich für ihre Betreuung nehmen. Wenn angeblich der Verein Miteinander in einem Punkt die Qualifikation nicht hat, dann hat man die Argumentationsstelle umgedreht, weil ich glaube, man hat ihnen gar nicht die Möglichkeit gegeben, diese Stelle anzubieten und das ihnen jetzt vorzuwerfen, halte ich etwas für unfair. Die Einteilung in Sprengel, Herr zuständi-ger Referent, ist wirklich etwas rückwärts gewandt. Das mit links der Steyr und rechts der Steyr das Ganze kommt mir eher ein bisserl sozialistisch und nicht sozialistisch vor. Das mit Steyr Ost haben wir auch schon einmal gehabt, ist schon lange her. Es gibt inzwischen nicht einmal mehr einen Rauchfangkehrerbe-zirk. Also warum man dann hier noch immer mit Sprengel und Bezirken in der doch etwas kleinen Statutarstadt die Bürger belästigt, ist für mich nicht ganz nachvollziehbar. Ich glaube, das bewährte System soll man beibehalten. Ich würde diese Abstimmung heute wirkliche überdenken oder auffordern, sie abzusetzen. Ich halte es für unfair. Die Bürger werden es wahrscheinlich nicht verstehen, warum die Stadt zu solchen Maßnahmen greift, weil bis jetzt hat das gut funktioniert und da muss mir einer ein-mal wirklich erklären, warum man von dem Netz abwechselt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Als nächster zu Wort gemeldet der Herr Kollege Eichhübl. Bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Vertreter der öffentlichen Medien, sehr geehrte Gäste. Ich setze voraus und das gilt glaube ich für alle anderen Fraktionen auch, dass es mir nicht darum geht eine Beurteilung zu machen, wel-cher der drei Anbieter, der bisherigen Anbieter, gute oder weniger gute Arbeit geleistet hat. Ich glaube mit ruhigem Gewissen sagen zu können, aufgrund von Meldungen aus der Be-völkerung, dass alle gute Arbeit geleistet haben, insbesondere auch der Verein Miteinander. Ich bin auch gerne bereit, einen kurzen Blick zurück zu machen, was die Frau Kollegin Frech vor mir gemacht hat, nämlich die letzten 15 Jahren, weil ich ja auch dabei gewesen bin. Nur besteht zwischen dem, was vor 15 Jahren passiert ist und heute ein sehr wesentlicher Un-terschied, nämlich der, dass damals wir von Seiten des Gemeinderates das Heft in der Hand gehabt haben und jetzt hat es offensichtlich das Land Oberösterreich. Denn bis jetzt hat niemand darauf hingewiesen, dass man eigentlich folgende Aspekte bei der Beurteilung dieses Antrages, der eine Auflösung eines Vertrages mit der Miteinander GmbH. und der Stadt Steyr beinhaltet, berücksichtigt. Zwar folgendes, das Land und das muss man auch zur Kenntnis nehmen, fördert 50 % der mobilen Hilfe, das Land fördert 100 % der Hauskran-kenpflege und das Land fordert und das ist ja anzunehmen, dass dieser Amtsbericht den Tatsachen entspricht, dass im Rahmen der Umsetzung dieses Normkostenmodells, das vorher beschrieben wird, entsprechende Vorgaben von Seiten der Stadt durchzuführen sind.

Das wären im Wesentlichen die Hinweise darauf, dass eine multiprofessionelle Ausstattung verlangt wird, von allen in Steyr beschäftigten Anbietern und dass eine klare Aufteilung des Stadtgebietes in Sprengel von Seiten des Landes verlangt wird und nicht von jemandem hier im Gemeinderat. So steht das auch im Amtsbericht. Das maximal zwei multiprofessionelle Anbieterorganisationen je Sprengel in Zukunft tätig sein dürfen in Steyr. Der Verein miteinander hat als einziger Anbieter vorerst keine Hauskrankenpflege bisher durchgeführt und erfüllt laut dieser Darstellung nicht diese Anforderung. Das ist meiner Meinung nach ein sehr wesentlicher Unterschied zwischen dem, was damals vor 15 Jahren auch aus Sicht der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion hier dargelegt wurde und wie sich die Situationen heute bietet. Daher werden wir nicht darüber hinwegsehen können, dass wir die Voraussetzungen des Landes zu erfüllen haben. So sehe ich das und so sieht das auch ein Großteil meiner Fraktion. Wesentlich für uns ist, das möchte ich auch am Ende meiner ersten Wortmeldung besonders herausstreichen, dass niemand der Betroffenen einen Arbeitsplatz verliert und sehr wesentliche ist auch, dass die Betreuung in dieser Qualität, wie sie bisher erfolgte, auch in Zukunft gewährleistet ist.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Als nächster zu Wort gemeldet der Gemeinderat Apfelthaler. Bitte Kurt.

GEMEINDRAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Für mich reduziert sich diese Diskussion auf eine Frage, die ich für mich persönlich als positiv beantworte. Nämlich die Frage, in wiefern sind unsere Steyrerinnen und Steyrer durch die heutige Entscheidung des Gemeinderates in irgendeiner Weise negativ betroffen. Auf das reduziere ich meine Frage. Ich kann mir natürlich vorstellen, dass das seitens der ÖVP natürlich mit ja beantwortet wird. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass das für mich auch so ist, weil ich glaube, weil das aus der Vergangenheit und wir haben ja viel altes von der Kollegin Frech aus der Vergangenheit vernommen, sich an dem Status Quo, was den Verein Miteinander betrifft, ja kaum etwas geändert hat. Ich glaube nicht, dass alle jene Betroffenen, die von den Sozialvereinen betreut werden, in irgendeiner Art und Weise schlechter behandelt werden, nur weil dieser Verein in diesem Bereich keinen Auftrag der Stadt mehr hat. Was ich aber schon durchaus sagen kann und das habe ich auch schon vor 15 Jahren gesagt, für mich ist es eine Frage auch der sogenannten Monopolstellung. Das ist für mich persönlich ein Begriff, mit dem ich lange gekämpft habe. Wo ich ja auch gesagt habe, die Wahlfreiheit ist etwas, was aus meiner Sicht heraus auf alle Fälle weiterhin gegeben sein soll. Ich bin aber mittlerweile eines besseren belehrt worden. Nämlich auch von Seiten der Klientel, die nicht dazu angetan ist, dass sich von heute auf morgen oder von einem auf den anderen Monat ihre Betreuungseinrichtungen ändern. Ich glaube, dass im Grunde genommen die ganzen Sozialvereine auch danach trachten, dass sie ihre Kunden und Kundinnen auch sehr gut betreuen und behandeln. Die Monopolstellungen, die wir hier haben, sind vergleichsweise gering gegen die Monopolstellungen, die wir zum Beispiel im Land und in den Gemeinden haben, wo es oft nur eine Betreuungseinrichtung gibt und man da auch nicht fragt, ob die jetzt einen bestimmten Dienst haben wollen, sondern ich glaube im Gegenteil, diese Frage stellt sich kaum, weil man froh sein muss, wenn diese Betreuungseinrichtungen vorhanden sind und wenn die Leute gut betreut werden. Es reduziert sich diese Diskussion für mich persönlich auf einen Punkt und der ist durchaus legitim, dass ein Verein ein gewisses Defizit erleidet, weil er es in einem bestimmten Bereich nicht mehr tun darf oder weil er keinen Vertrag mehr bekommt. Wenn man die Entwicklung dieser Diskussion mitverfolgt, dann kommt man darauf, dass ohnehin sehr lange darüber diskutiert worden ist und dass das halt jetzt das Ergebnis der Diskussionen im Sozialausschuss und auch im Vorfeld mit den einzelnen Geschäftsleitern darstellt. Was mich wundert ist das, dass es eigentlich, weil die Frau Kollegin Frech das gesagt hat vor 15 Jahren schon so in diese Richtung gegangen ist, dass in der Zwischenzeit die ganzen 15 Jahre sich eigentlich kaum wer an diesem System gestoßen hat. Natürlich kann der Verein sagen, wir hätten gerne noch die eine oder andere Personaleinheit gehabt, aber wir haben sie nicht bekommen. Im großen und ganzen, wenn jetzt die Diskussion aufwacht, dass die Wahlfreiheit nicht mehr gegeben ist, oder dass dieser Verein ungerecht be-

handelt worden ist, dann denke ich mir, wäre das, wenn man es ernst nehmen würde, ein bisschen zu spät. Weil dann hätte man sich im Vorfeld schon ein bisschen mehr bemühen sollen oder seitens der einzelnen Vereine, der eine oder andere Verein, oder der bestimmte Verein trachten müssen, dass er einer Gerechtigkeit herbeigeführt wird. Dem war aber nicht so. Was die Sprengelregelung anbelangt, was der Herr Kollege Payrleithner gesagt hat, jede Volksschule, jede Hauptschule hat einen Sprengel. Das ist überhaupt keine Frage, dass wir das einteilen links und rechts der Steyr, das ist ja ganz normal. Man ist sehr viel mit dem Auto unterwegs, man sollte schauen, dass man im Bezirk bleibt und nicht kreuz und quer in Steyr herumfährt. Ich glaube nicht, dass es für die Steyrer und Steyrerinnen, die es betrifft, irgendeinen Nachteil bringt. Das glaube ich nicht. Ich werde mich aber, nachdem ich im Vorstand eines angesprochenen Vereines sitze, der Stimme enthalten, nicht dass ich Gefahr laufe, hier als befangen zu gelten. Ich mache es aber mit einem gewissen Genuss, nachdem ich derjenige war, der eigentlich vor 15 Jahren gegen diesen Verein gestimmt hat, dass der hier her kommt. Ich bin mittlerweile eines besseren belehrt worden. Wir haben eine sehr gute Struktur in Steyr, wir haben keine Defizite oder sonst irgendetwas zu beweinen. Ich glaube auch, dass es nichts bringt Krokodilstränen zu vergießen, sondern ich glaube, dass in Hinblick auch auf die Entwicklung, wenn man sich die Entwicklung im Altenbereich und Seniorbereich betrachtet, es gut tut, wenn die Professionalität steigt. Wir haben ohnehin schon sehr gute Werte, aber dass diese Einrichtungen, die Professionalität bieten, auch diese weiterentwickeln können und der Verein, der heute das bedauert, dass er nicht mehr mit Leistungen seitens der Stadt bedacht wird, auch jederzeit die Möglichkeit hat, in seinem Bereich seine Leistungen zu verbessern, aber halt in einem bestimmtem Bereich nicht.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, als nächster zu Wort gemeldet Herr Vizebürgermeister Mayrhofer. Bitte Gunter.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Ich glaube, das ist heute von der ganzen Sitzung der entscheidendste Tagesordnungspunkt, weil es selbstverständlich Auswirkungen auf die Steyrer Bevölkerung hat. Wie stark sie sind auf den einzelnen, ist eine subjektive Einschätzung, zugegeben. Zu sagen, wenn er bisher von einer Organisation betreut wurde, die gibt es jetzt nicht mehr, aber nicht weil sie nicht notwendig ist sondern weil, und das stelle ich jetzt einmal so in den Raum, es ein Willkürakt ist, dass glaube ich betrifft sehr wohl die Bürger der Stadt Steyr. Der Kollege Payrleithner hat gesagt, dass das ganze ein bisschen konstruiert ausschaut, da pflichte ich im vollinhaltlich bei. Das Land hat bei seiner Intension der Sprengelteilung eines vermeiden wollen, wenn sie sich den Bezirk Steyr-Land hernehmen, der von Rohr bis Gafelnz hinein geht, wir nehmen den theoretischen Fall an, dass eine Einheit in Rohr ist und betreut jemanden in Gafelnz, das sind sehr weite Wege. Da kostet wahrscheinlich die Anfahrt mehr als die Betreuung vor Ort. Das solche Auswüchse man versucht einzudämmen, ist klar, aber auch hier hat das Land die Möglichkeit geschaffen, dass pro Sprengel bis zu zwei Einrichtungen tätig sein können. In einem Stadtgebiet mit 27 km² ist der Hinweis auf Fahrtstrecken sehr weit hergeholt. Da bin ich schon beim konstruieren.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Die Bevölkerungsdichte musst du rechnen.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Die Wahlfreiheit, Herr Apfelthaler, die sie vor 15 Jahren verteidigt haben, dem kann ich mich vollinhaltlich anschließen. Ich wünsche mir auch weiterhin ganz klar eine Wahlmöglichkeit. Die haben wir wo anders auch. Ob das ein Krankenhaus ist, ob das ein Arzt ist. Ich gehe davon aus, dass alle eine gute Leistung bringen und haben. Trotzdem möchte ich mir aus-suchen können, von wem ich betreut werde und wen ich mit diesem Auftrag betraue. Das, was hier geschieht, ist ein bisschen, in der Wirtschaftssprache würde man sagen „Unfriendly takeover“.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:
Was heißt das?

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:
Das habe ich mir gedacht. Das heißt, ich versuche durch die Hintertür eine Firma hereinzubringen....

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Die schon da ist.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:
Jetzt schon da ist, vor 15 Jahren war sie nicht da, und gerade sie waren ein Verfechter, dass sie nicht herein kommt. Dann sagt man, die nimmt keinem anderen was weg, keine Gefahr. Dann gibt man immer mehr Personaleinheiten, immer mehr Personaleinheiten. Die anderen hungert man aus. Irgendwann sagt man dann auch, meine Interpretation, konstruiert – jetzt sind wir zu viele. Jetzt reduzieren wir das ganze auf zwei. Machen aber nicht das eine, wer war als erster da, wer ist als letzter dazu gekommen, Nein, man sagt, wer hat am wenigsten mobile Betreuung, wer steht uns am nächsten. Da natürlich bin ich bei der Vergangenheit. Die Herren, die jetzt sich dazu geäußert haben, sind natürlich im juristischen Sinne nicht befangen. Sie haben selbst persönlich keinen Vorteil von einer Entscheidung, wenn sie heute fällt. Moralisch ist es natürlich mit Sicherheit eine Befangenheit, wenn ich im Vorstand so einer Einheit bin, wie es der Herr Apfelthaler ist und ich glaube der Herr Schodermayr war. Dann ist man natürlich beeinflusst und hat man natürlich ein Interesse, dass man diese Einheit gegenüber anderen bevorteilt. Für mich ist das ein reiner wirtschaftlicher Vorgang. Normalerweise sagen gerade hier meine Kollegen von der SPÖ „Heuschreckenkapitalismus“ dazu, aber recht viel was anderes fällt mir bei diesem kleinen „ausboten“ einer Organisation, wo wir immer gesagt haben, sie machen eine gute Arbeit und sie sind super, fällt mir da ehrlich gesagt nicht ein.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Als nächster zu Wort gemeldet der Herr Vizebürgermeister Hauser.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Der Vollständigkeit halber, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Nachdem ich auch in einem Verein im Vorstand bin, enthalte ich mich natürlich auch der Stimme, obwohl ich die Angelegenheit an sich für richtig halte.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Wir müssen schauen, dass überhaupt dann noch wer abstimmt. Als nächster zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Payrleithner.

GEMEINDERÄTIN NATASCHA PAYRLEITHNER:
Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen. Ich war in dem Ausschuss drinnen, bei dem Entschluss dabei und wer mit wem da welche Verbindungen hat, wer schon vor 15 Jahren dabei war, das ist in dem Fall eigentlich gar nicht zur Sprache gestanden. Wenn man davon ausgeht, was alles vor 15 Jahren beschlossen worden ist, dann hätten wir wahrscheinlich auch noch keinen Hochwasserschutz oder sonstiges. Es geht darum was jetzt ist und es ist eine Vorgabe vom Land und ich glaube, auf das müssen wir jetzt schauen.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:
Das ist nicht wahr.

GEMEINDERÄTIN NATASCHA PAYRLEITHNER:
Es ist schon eine Vorgabe vom Land.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFFER:

Nein, sie können pro Sprengel bis zu zwei Einrichtungen

Unverständliche Zwischenrufe

GEMEINDERÄTIN NATASCHA PAYRLEITHNER:

Die Ausbildung ist eine Vorgabe vom Land. Das ist leider im Sozialbereich so, jedes Jahr werden neue Vorgaben gemacht und an die müssen sich die Vereine halten. Wenn sie diese nicht haben, dann müssen sie entweder aufstocken oder weiterbilden oder man muss sich umschauen, wie man das anders verteilt, das ist auf jeden Fall so entschieden worden.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFFER:

Das ist mit 1.1.2014.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Die Frau Payrleithner ist am Wort, Herr Kollege Mayrhofer.

GEMEINDERÄTIN NATASCHA PAYRLEITHNER:

Das mit den Sprengel ist eine andere Geschichte, da bin ich auch dabei. Links und rechts der Enns, okay Dann ist das so geteilt, weil es einfach praktischer ist.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, wünscht noch jemand das Wort. Die Kollegin Frech, bitte Michaela zum zweiten Mal.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Von der Kollegin Payrleithner angekündigten, es ist mitunter schon sehr relevant, was vor 15 Jahren war, ist vor allem sehr relevant, wie man mit Fakten umgeht. Ich bin mir sicher oder ich hoffe, mir sicher zu sein, dass wenn jemand zu den Fakten käme, die Sachlage, dass er Dinge auch anders beurteilt. Es ist nicht so, dass jetzt die Miteinander GmbH nicht multiprofessionell ist, weil sie da so entschieden hat, sondern wir haben ihr bis heute keine Einheit zur Hauskrankenpflege gewährt und ich habe das mehr als einmal im Sozialausschuss gebracht, wie ich dort noch Mitglied war, auch über die Jahre hin. Man könnte das Problem auch sehr einfach lösen, indem man die bestehenden Einheiten der Hauskrankenpflege aufteilt, dass auch die Miteinander GmbH diese Einheit hat. Die können das sehr wohl leisten, wenn sie diese Personaleinheit haben. Auch in Wels ist es nicht so, dass alle Anbieter derzeit Hauskrankenpflege haben. Es ist trotzdem kein Argument, einen Verein oder eine Institution praktisch hinauszuschieben. Es ist schon sehr interessant, wenn hier behauptet wird, es gibt keine Änderung für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Dass das am Land noch viel schlimmer wäre, weil da gibt es nur eine Einrichtung. Genau diese Situation würden wir doch heute genauso schaffen. Wir teilen die Stadt in zwei Teile, der eine Teil wird nur betreut von der einen Einrichtung und der andere Teil nur von der anderen. Das ist doch Monopol, wenn dass kein Monopol ist.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Monopol heißt „Eins“.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

In einem Stadtteil haben sie ein Monopol. In jedem Sprengel haben sie ein Monopol. Ich kann mir überhaupt nicht mehr aussuchen, von wem ich betreut werde. Ich muss diese Einrichtung akzeptieren. Das hat mit Wahlfreiheit null zu tun. Diese Wahlfreiheit, lieber Kurt Apfelthaler, die war bei ihnen vor 15 Jahren noch da. Ich finde es ganz schlimm zu sagen, die haben kein ... mehr oder weniger indirekt ... sind halt nicht so professionell. Die sind mindestens

Unverständliche Zwischenrufe.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

... die sind mindestens genauso professionell. Ich gehe davon aus, dass alle Einrichtungen professionell arbeiten. Es müssen aber die gleichen Rahmenbedingungen gelten, damit sie das gut machen können zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger. Das Land zwingt uns nicht, die Stadt in zwei Teile zu teilen. Wie viele Sprengel wir machen, ist uns überlassen. Wir können auch zwei Einrichtungen pro Sprengel installieren. Dann hätten wir auch eine gewisse Wahlfreiheit. Wenn man das Argument hernimmt, das aufgefallen ist, es steht im Amtsbericht drinnen, es ist halt einfacher und kostengünstiger, wenn man nur zwei Einrichtungen hat, dann würde ich vorschlagen, machen wir überhaupt nur mehr eine Einrichtung für ganz Steyr, dann ist das sicher die kostengünstigste Variante. Das wäre dann eigentlich die **unverständlich** aus dem Ganzen.

GEMEINDREAT KURT APFELTHALER:

Das war jetzt der Abänderungsantrag.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Nein, lieber Kurt. Ich finde es auch nicht so lustig.

GEMEINDREAT KURT APFELTHALER:

Nein, ich finde es auch nicht lustig. Lustig ist etwas anderes.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Zum Thema Professionalität. Es haben sich jetzt da herinnen einige Leute für befangen erklärt. So habe ich das geschlossen aus den Wortmeldungen. Nur Befangenheit heißt halt, und das steht im Statut ganz klar drinnen, dass ich diese Befangenheit von mir aus erkläre, wenn ich finde, dass sie gegeben ist und dass ich dann natürlich auch nicht an der Beratung und an der Debatte teilnehme, weil ich ja befangen bin. Zu sagen, ich bin ein bisschen befangen, indem ich mich jetzt der Stimme enthalte, aber ich melde mich hier zu Wort, das geht nicht.

Unverständliche Zwischenrufe.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Das habe nicht ich erfunden, das steht im Statut so drinnen. Du bist Leiter des Kontrollausschusses, darum gehe ich davon aus, dass du dann auch das Stadtstatut ernst nimmst. So viel zum Thema Befangenheit.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Die Erklärung zur Befangenheit ist eine freiwillige Erklärung. Ob er die abgibt oder nicht ist ganz egal. Er ist Gemeinderat und kann an der Sitzung teilnehmen und auch die Argumente vorbringen. Weil wenn er es nicht gesagt hätte, er ist befangen, das ist ja seine freiwillige Äußerung.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Richtig.. aber ein bisschen schwanger gilt meistens nicht.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu diesem Thema kann ich mich nicht äußern.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Nachdem sich so viele Personen, ungewöhnlich, ich kann mich an keine Gemeinderatssitzung erinnern, wo das der Fall gewesen wäre, sich für befangen, halb befangen oder wie auch immer sich erklärt haben, denke ich mir, ist das ein Zeichen dafür, dass man sich wirklich das noch einmal überlegen soll, sich an einen Tisch zu setzen ...

Unverständliche Zwischenrufe.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Ich stelle daher den Antrag zur Absetzung dieses Tagesordnungspunktes. Das Land schreibt uns ein Paket vor, das wir machen müssen. Das haben wir mit der Sozialsprengelaufteilung etc. bis 31.12.2014. Ich glaube schon, dass wir da noch Zeit haben, dass wir das vertagen und die Zeit nutzen bis in den Herbst, weil das ist aus meiner Sicht ein realistischer Zeitpunkt, sich mit allen drei Organisationen an einen Tisch zu setzen und wirklich zu schauen, welche Lösung man machen kann. Wenn Wels das schafft, hier eine Lösung zu finden, dann glaube ich werden wir als Steyrer das auch schaffen. Das heißt, meinen Antrag auf Absetzung der Tagesordnung habe ich hier gemacht.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das ist ein Dringlichkeitsantrag. Oder?

Unverständliche Zwischenrufe.

Das Wahlbündnis ÖVP-Bürgerforum Steyr stellt den **Antrag gemäß § 8 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr zur Absetzung des TOP 19** (Mobile Dienste – Miteinander GmbH; Kündigung der Vereinbarung per 31.12.2013)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ein Antrag zur Geschäftsordnung. Zu diesem Antrag steht jeder Fraktion eine Wortmeldung zu. Wer wünscht das Wort dazu? Das ist nicht der Fall. Genug diskutiert. Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag zur Geschäftsordnung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Zwei Stimmenthaltungen. Somit wurde der Antrag zur Geschäftsordnung mit breiter Mehrheit **abgelehnt**.

Die Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag um Absetzung des Tagesordnungspunktes erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde wie folgt **abgelehnt**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **8**

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 7 – (Vbgm. Gunter Mayrhofer; GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech; GR Ing. Wolfgang Hack; GRⁱⁿ Eva-Maria Leitner; GR Florian Schauer; GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

FPÖ 1 – (GR Hans Payrleithner)

Ablehnung: **24**

SPÖ 17 – (Bgm. Gerald Hackl; Vbgm. Walter Oppl; Vbgm. Wilhelm Hauser; StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger; StR Dr. Michael Schodermayr; GR Rudolf Blasi; GR Ernst Esterle; GRⁱⁿ Helga Feller-Höller; GR Kurt-Werner Haslinger; GRⁱⁿ Rosa Hieß; GR Ing. Franz-Michael Hingerl; GR Thomas Kaliba; GR Mag. Gerhard Klausberger; GRⁱⁿ Erika Loibl, MAS; GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber; GR Rudolf Schröder; GRⁱⁿ Silvia Thurner)

FPÖ 5 – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber)

GRÜNE 2 – (GR Mag. Reinhard Kaufmann; GRⁱⁿ Natascha Payrleithner)

Stimmenthaltung: 2

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 1 – (GR Mag. Wolfgang Glaser)

GRÜNE 1 – (GR Kurt Apfelthaler)

Der Antrag zur Geschäftsordnung wurde mit Mehrheit abgelehnt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir gehen weiter zur Diskussion. Gibt es noch eine Wortmeldung? Mir liegt hier eine Wortmeldung des Kollegen Kaufmann vor. Bitte Reinhard.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich bin nicht Mitglied des zuständigen Ausschusses, daher kann ich mich auf viele Details hier nicht einlassen. Ich muss mich darauf verlassen, was hier diskutiert wird. **Unverständlich** müssten im entsprechenden Ausschuss diskutiert werden. Aber aufgrund meiner privaten Profession als Arbeitsrechtler möchte ich einen Punkt hier ansprechen, auf den wir aufpassen sollten. Wenn es hier darum geht, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Dienstgeber wechseln müssen, dann soll die Stadt alles dazu tun, dass sie keine Nachteile aus dieser Situation erfahren. Sofern nicht ohnehin die Bestimmungen zum Betriebsübergang anzuwenden sind, was ich für möglich halte, aber jetzt nicht im Detail prüfen kann. Der BAGS-Kollektiv-Vertrag, der hier wohl für alle Beteiligten gilt, sieht zehn Jahre Obergrenze für Vordienstzeitenabrechnung vor. Ich halte es für sinnvoll, dass die Stadt darauf Einfluss nimmt, dass das bei diesen Einzelfällen nicht zur Anwendung kommt, sondern die Jahre, die jetzt dort der Einstufung zu Grunde liegen, dass die auch übernommen werden, wenn eine neue Anstellung hier ansteht, um Nachteile zu vermeiden. Ich glaube, dass sind wir den Betroffenen, die ja als Dienstnehmer hier überhaupt nichts dafür können für diese Veränderungen, sind wir denen schuldig, dass wir dafür sorgen, dass dort nichts passiert.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke für den Hinweis. Noch eine Wortmeldung. Gunter Mayrhofer, Vizebürgermeister, das zweite Mal.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Sehr geehrte Damen und Herren. Nachdem in der Diskussion klar herausgekommen ist, dass das Land das nicht so vorschreibt, wie wir das machen wollen, sondern dass ein Akt das in Steyr für sich so machen möchte. Es gibt durchaus andere Lösungen. Es würde mich persönlich schon interessieren, was ist dann der Grund, dass wir eine Einheit eliminieren? Darauf läuft es ja hinaus. Das ist bis jetzt noch nicht heraus gekommen. Man hat das Land vorgeschoben. Das ist es nicht. Eine einfache Anfrage beim Land kann das klar aufklären. Es ist nicht das Land, dass das fordert, anscheinend will man es hier in Steyr und mich interessiert es, warum?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, ich glaube der Amtsbericht ...

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Aus dem geht es nicht hervor.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

... ist klar und argumentativ nachvollziehbar, dass das Land nur ein Argument ist. Ich möchte nur von meiner Seite, bevor das Schlusswort des Referenten kommt, noch sagen, weil so die Wertschätzung für die Organisationen angesprochen wurde und wie wurde denn kommuniziert und gesprochen, man wirft da jemanden hinaus. Die Gespräche wurden intensiv

geführt, auf reiner Fach- und Sachebene. Wir haben den Verein Miteinander auch in meiner Anwesenheit die hohe Wertschätzung der Stadt versichert und die professionelle Arbeit garantiert und auch bestätigt. Wir sind froh, dass wir diesen Verein in unserer Stadt haben, der jahrelang gute Arbeit geleistet hat. Nur die Sachargumente, die begründet im Amtsbericht sind und die in den Ausschüssen diskutiert wurden, machen so einen Schritt notwendig. Natürlich kann man sich immer so oder so entscheiden. Das Leben heißt Entscheidung. Wir haben so lange und so offen und transparent diskutiert, gerade auch mit dem Verein Miteinander und gerade der Vorsitzende des Sozialausschusses hat unzählige Gespräche und Argumente vorgebracht und geführt. Natürlich ist es bitter, wenn jemand dann keinen Vertrag bekommt. Das Leben heißt Entscheidungen. Wir müssen uns hier im Gemeinderat entscheiden, welchen Weg wir gehen wollen und wir gehen nicht den Weg, weil wir irgendjemanden los werden wollen oder irgendjemanden bevorzugen, sondern es ist auf Sachargumenten begründet. Das wurde klar kommuniziert und in Stunden der Beratung und Diskussion im Vorfeld in den Ausschüssen, in den Gremien und auch mit dem Verein Miteinander. Dass da Betroffenheit herrscht, ist klar. Und noch ein kleines Wort zu dem und dann hat man gleich gesagt, dass ist erledigt. Ich möchte es umgekehrt sehen. Falls der Herr Dr. Schodermayr mit dem Verein Miteinander nicht vorher das Gespräch gesucht hätte und gesagt hätte, das kommt auf euch zu, wir werden wahrscheinlich diese Entscheidung treffen. Da hätte ich hören wollen, was da gesprochen wurde. Jetzt gibt es einen Gemeinderatsbeschluss und morgen seid ihr draußen bei der Türe. Das ist ja grotesk. Das Umgekehrt ist passiert. Und das dem Dr. Schodermayr, oder wem auch immer, zum Vorwurf zu machen ist wirklich unfair. Das passt nicht. Es wurde der Verein Miteinander frühzeitig informiert, das Gespräch wurde gesucht und jetzt müssen wir die Beschlüsse fassen. Dass die nicht alle mittragen können, ist auch zur Kenntnis zu nehmen. Aber Börsartigkeit oder sonst irgendwelche, ich weiß nicht, sprachpolizeiliche Dinge zu unterstellen, da werden Sprengel in Frage gestellt, warum man Sprengel sagen darf. So etwas Absurdes habe ich überhaupt noch nie gehört. Den Schulsprengel gibt es, da können sie nach Linz an den Landesschulrat schreiben, dass das Wort Sprengel verboten wird, weil es offensichtlich für sie links besetzt ist, Herr Payrleithner. Oft komme ich da mit ihrer Gedankenwelt nicht zurande. Oder warum man links und rechts der Steyr nicht mehr sagen darf. Sollen wir sagen, oben und unten teilen wir jetzt eine Einheit ein. Ich weiß es nicht, aber dies ist nur eine Facette. Ich kann da oft wirklich nur den Kopf schütteln. Aber das mit dem Verein nicht offen kommuniziert wurde und die Sachargumente nicht im Vordergrund stehen, das ist wirklich unfair. Das war es jetzt nur von meiner Seite, weil ich auch versucht habe, das wirklich so zu sagen, wie ich es immer empfunden habe, dass der Verein tolle Arbeit leistet, aber man muss trotzdem in diesem Fall gegen den Verein entscheiden, weil es eine Sachentscheidung ist. Bitte Herr Dr. Schodermayr.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Beamte, wertres Präsidium. Jetzt habe ich etwas gemacht, was bezeichnend ist. Ich habe vom Verein Miteinander einen Block geschenkt bekommen und habe mit dem Volkshilfekugelschreiber meine Notizen darauf gemacht. Ich finde das wirklich fast als einen Wink des Himmels, denn es war unabsichtlich, dass ich den eingesteckt habe. Es sind jetzt so viele Sachen auf den Tisch gekommen, manche doppelt und dreifach, ich werde versuchen, das möglichst kurz abzuarbeiten. Zum ersten, einmal meinen Respekt vor denen, die sich zu einer Befangenheit bekennen. Ich denke, das braucht ein Stück politisches und menschliches Rückrat, das zu tun. Zur Frau Kollegin Frech, was ich jetzt sicher nicht mache ist eine historische Aufarbeitung. Mir ist schon klar, dass man die Geschichte kennen muss, damit man die Gegenwart versteht und die Zukunft gestalten kann. Nur ich kann mit Aussagen vor 15 Jahren, die kannst du mir sagen, da kann man wer was anderes sagen, ich war da nicht herinnen, ich war in dieser Zeit nicht hier. Ich habe jetzt vor einem Jahr, auf den Tag fast genau, diese Herausforderung auf den Tisch bekommen mit der Aufforderung des Landes, etwas zu tun und eine Lösung herbeizuführen. Ich verschanze mich, Herr Vizebürgermeister Mayrhofer, unter Garantie nicht hinter dem Land. Ich stehe zu dieser Entscheidung, aber so etwas von 150 %. Ich brauche das Land nicht dazu, dass ich zu dieser Entscheidung stehe. Es gibt gewisse Vorgangsweisen, die man nur begründen kann, wenn man die Vorgaben des Landes kennt. Also wenn der Ein-

druck entstanden ist, ich stelle mich hier her und das Land hat mir gesagt ich muss, aber ich will eigentlich nicht, aber ich muss, dann ist das völlig verdreht und ein völliger Blödsinn. Ich stehe zu 150 % zu dieser Entscheidung und werde das auch in ein paar Punkten, die hier gefallen sind, noch erklären. Monopolstellung ist schon beantwortet worden. Es ist so wie es ist. Zu den vier Gründen, die dann sechs waren, Michaela. Ich möchte ...

Unverständliche Wortmeldung von Gemeinderätin MMag. Frech.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Ich versuche ja klarzustellen, dass du nicht dagegen sprichst. Zu der Wahlfreiheit. Ich bin wirklich, und da habe ich die Diskussion zur Genüge geführt, ein absoluter Verfechter der Wahlfreiheit. Ich bin es im medizinischen System, weil dort erlebe ich es ja selber jeden Tag. Ich bin es, wo es geht, im pflegedienstlichen System. Ich bin es auch sonst überall, ich möchte Wahlfreiheit. Ich möchte selbstbestimmt leben können und mir jemanden aussuchen können. Jetzt haben wir uns das aber angeschaut. Das ist eine Vorgabe des Landes, da brauche ich mich nicht dahinter verschanzen, da kann ich nicht aus. Wir haben uns angeschaut, wie viele Leute das in Wahrheit betrifft. Es haben sich durch die drei Anbieter in Wahrheit die drei Sektoren gebildet, wo sie zu 95 bis 97 % tätig sind und nur relativ wenig, da gibt es Ausnahmen, sind sozusagen Auswärtsfahrten, wenn man es so nennen mag und ganz wenige sind dadurch zu Stande gekommen, dass die Leute gesagt haben, ich will unbedingt den oder den. Wenn jemand seit 50 Jahren Volkshilfe Mitglied ist und er will unbedingt in Reichenschwall auch von der Volkshilfe betreuet werden, dann haben wir versucht ihm das auszureden, wenn es nicht gegangen ist, dann haben wir es gemacht. Die kann man zählen, das sind Einzelfälle. Alle anderen grenzüberschreitenden Betreuungen sind dadurch zu Stande gekommen, dass die eine oder andere Organisation gerade keine Kapazitäten freigeht und die benachbarte Organisation um Hilfe ersucht hat. So ist das zu Stande gekommen. Manche sind dann dabei geblieben, manche sind wieder zurückgegeben worden. Das ist jetzt auch klar geregelt. Auch jetzt wird es grenzüberschreitende Betreuungen im Kapazitätsproblemfall geben. Allerdings mit der Auflage, dass diese, sobald die Kapazität der anderen Organisation wieder da ist, wieder zurückgenommen wird. Was mich schon befremdet, da beleidigst du wirklich deinen eigenen Intellekt, wenn du sagst, vor 15 Jahren ist was festgeschrieben worden und in den 15 Jahren hat sich in der Pflege und Betreuung nichts geändert.

Unverständliche Wortmeldung von Gemeinderätin MMag. Frech.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Quantitativ und qualitativ ist das eine andere Welt wie vor 15 Jahren. Was sich da getan hat in den 15 Jahren an Mengen an Betreuung, an Mehrfachbetreuung, an viel schwereren, komplexeren Fällen, an der Qualität und an der Quantität.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Darum haben wir es in 15 Jahren nicht geschafft ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bitte Michaela, wir haben dich auch sehr wenig unterbrochen. Lass einmal den Dr. Schodermayr ausreden.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Ich habe mir das mitgeschrieben. Zu den Sprengel. Wir haben das Spiel mit meiner Beamenschaft, und da möchte ich mich wirklich bei der Martina bedanken, durchgespielt. Es wurde zum streiten, weil wir alle Möglichkeiten durchgespielt haben. Wie könnte es gehen, wie könnten wir es machen und von uns hat keiner zu Beginn gemeint, dass eine Organisation hinausfallen wird, weil es die gescheiterte Lösung ist. Wir sind über monatelanger Diskussion zu dem Entschluss gekommen, dass das so ist, weil es verschiedenste Gründe dafür gibt. Das haben wir nicht gemacht, weil wir miteinander nicht mögen, ganz im Gegen-

teil, ich schätze Miteinander. Wir haben in Steyr eine spezielle Situation. Es hat zwei spezielle Punkte gegeben. Das eine war, wir haben eine Organisation gehabt, die nicht multiprofessionell ist. Da pflichte ich dir bei. Ich mag die Entscheidung von vor 15 Jahren nicht, ich weiß es nicht, auf welchen Gründen die so gefallen ist, ich weiß es nicht. Tatsache ist, ich habe das jetzt so auf dem Tisch gehabt. Die Organisation hat keine HKP gehabt, das ist die eine Geschichte, die andere Geschichte ist das, dass der Verein Vita Mobile als einziger Verein und zwar glaube ich sogar in ganz Oberösterreich, ein rein lokaler Verein ist. Das heißt, sie müssen ihren gesamten Overhead den sie brauchen, die brauchen den gesamten Overhead für die Organisation, nur für Steyr, müssen sie aus den laufenden Kosten finanzieren. Sprich, ab jetzt, ab dem heurigen Jahr, aus den Normkosten und die Normkosten, wenn du dich damit beschäftigt hast, weiß du, dass die verdammt knapp berechnet sind und da muss sich eine Organisation ordentlich anstrengen. Man braucht eine große Auslastung, dass man was hereinbekommt und man braucht eine hohe Produktivität, dass etwas überbleibt. Wenn ich diesen, und das hängt natürlich an Köpfen, an MitarbeiterInnen, und wenn ich denen jetzt etwas wegnehmen, in einem hohen Ausmaß, dann bringe ich sie, ich sage nicht gleich sie sind tot, aber dann bringe ich sie in massive Bedrängnis und erkläre mir aus deiner Sicht, aus betriebswirtschaftlicher Sicht, warum soll ich hergehen, einen Betrieb, der wunderbar läuft der gut läuft, wo es nichts gibt, der alle Voraussetzungen erfüllt, die er erfüllen muss nach der Neustrukturierung, warum soll ich dem etwas wegschneiden, damit es ihm danach schlechter geht. Das muss mir einer erklären, funktioniert nicht. Die zweite Möglichkeit wäre gewesen, ich nehme Vita Mobile drei HKP's weg. Die Zahlen von drei HKP's kommen dadurch zu Stande, dass es wirklich so ist. Das weiß ich aus zehn Jahren Erfahrung, weil ich selber den Verein geleitet habe. Unter drei Personaleinheiten in einer Berufsgruppe hat man ein Problem, einen „Radldienst“ zu machen. Du bringst keinen Tagdienst, keinen Abenddienst und keinen Wochenenddienst zusammen. Außer du leihst dir wieder von anderen Personal aus. Haben ja manche gemacht. Ich weiß das von der Volkshilfe, weil die Volkshilfe hat 2,5 bis 3 Personaleinheiten mehr im HKP Bereich. Zusätzlich gibt es dann noch, und das muss man auch wissen, einen Schlüssel, der vom Land empfohlen wird, nicht vorgegeben, weil man kann ihn ändern. Der hat sich aber in der Praxis bewährt. Das heißt, wenn man ein Verhältnis Hauskrankenpflege, HKP und FSB A zu Heimhelferinnen sich anschaut, soll das 1:2:1 sein. Das stimmt wirklich aus der Erfahrung, das ist ungefähr das, was die Betreuung bewerkstelligt. Das heißt, wenn ich denen drei HKP's wegnehme, muss ich ihnen FSB A's und Heimhelferinnen auch gleich wegnehmen. Man macht den Verein kaputt. Das schaue ich mir an da herinnen, wenn ich Vita Mobile in Bedrängnis bringe, was ihr dann mit mir machen würdet, mit Recht.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Warum Vita Mobile, warum nicht genauso der Volkshilfe.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Ich nehme der Volkshilfe von drei HKP's zwei weg

Unverständlicher Zwischenruf von Gemeinderätin MMag. Michaela Frech.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Von drei nehme ich ihr zwei weg oder 1,5? Dann tritt genau das ein, was ich gesagt habe. Das ist ein Rechenbeispiel, dass ich einen „Radldienst“, einen Spätdienst oder einen Wochenenddienst nicht bewerkstelligen kann, mit einer Personaleinheit oder mit 1,5. Ich brauche zumindest, sagt auch, ohne mich darauf hinauszureden, das Land, möglichst Einheiten zu schaffen, die nicht unter diese Zahl kommen. Man könnte ja drei Sprengel machen. Ich werde mich da herstellen und werde Steyr in zwei Teile teilen, damit ich dann die Schwierigkeiten habe, weil es wäre locker mit einem dritten gegangen. Das geht nicht immer locker, wenn man die Besonderheit der Steyrer Situation im Auge hat. Deswegen sind die Vergleiche mit anderen Bezirken ein bisschen unzulässig, weil die das nicht haben. Es gibt meines Wissens keine einzige Organisation in Oberösterreich, die nur mehr lokal tätig ist. Nur die in Steyr. Zu der grundsätzlichen Vorgangsweise. Das finde ich auch ein starkes Stück sich hier

her zu stellen und zu sagen, das ist nicht wertschätzend oder man muss reden miteinander. Ich habe mir den Mund fusselig geredet im letzten Jahr. Ich darf leider die von mir sehr geschätzten Mitarbeiter vom Verein Miteinander nicht fragen, ob sie das Gefühl gehabt haben, ich habe nicht mit ihnen geredet. Ich habe mit allen Beteiligten geredet. Ich habe einen Termin nach dem anderen gemacht, ich tu mir nicht leid deswegen, ich bekomme 4.500 € dafür, ich mache das gerne. Ich werde bezahlt dafür. Aber mir dann sagen zu lassen, ich habe mit den Leuten nicht geredet und ich gehe nicht wertschätzend um mit den Leuten, Michaela.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Das hat keiner behauptet.

Unverständliche Zwischenrufe.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Du hast gesagt, Wertschätzung wäre gefragt im Umgang ...

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Das habe nicht ich angesprochen **unverständlich**. Warum kann man nicht die Miteinander GmbH zu einem Sozialausschuss einladen und sich aus deren Sicht das schildern lassen. Warum geht das nicht?

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Ich will das jetzt nicht unnötig in die Länge ziehen, nur das ein bisschen demonstriert wird, dass ich schon ein bisschen was gemacht habe. Wir haben uns sogar nicht gescheut, jetzt sage ich wirklich nicht gescheut, alle drei Vereine einzuladen. Gemeinsam mit mir und meiner oberen Beamtschaft plus die Geschäftsführer und Regionalleiter beim Verein Miteinander sind wir im Stadtsenatszimmer zu einer Besprechung zusammen gekommen. Und haben, denke ich mir, ein durchaus intensives Gespräch gehabt. Nur bei diesem Gespräch ist natürlich einiges klar geworden. Was stellt man sich denn jetzt vor? Das wir einem Verein sagen, bitte ich gebe dir jetzt drei Personaleinheiten, gib es den anderen, damit das auch funktioniert. Nein, es hat natürlich jeder seine Forderungen und seine Erwartungen und seine Wünsche auf den Tisch gelegt, aber das man sagt, wir machen das jetzt einvernehmlich und alle freuen sich und alle haben sich zum Schluss lieb, das funktioniert nicht. Darum ist auch die Entscheidung so lange nicht gefallen. Seit 2009 oder 2010 wird das in den Sozialplanungsgesprächen mit dem Land thematisiert, dass das kommen wird und ich habe es halt jetzt in die Hand genommen. Geredet haben wir, glaube ich, ganz viel. Ich hoffe die anderen sehen das auch so, wenn es noch mehr Reden bedarf, tue ich das auch gerne. Ich habe kein Problem damit. Weil Wels angesprochen wird. Wels ringt um eine Lösung. Ich beurteile nicht Wels. Ich war mit der Kollegin von Wels vor drei Tagen zusammen. Sie ringen, aber im wahrsten Sinne des Wortes. Wir sind in der glücklichen Lage, zwar eine harte Entscheidung getroffen zu haben, sie ist gefallen im Sozialausschuss. Es wird ja heute nicht beschlossen, dass die Struktur anders wird, sondern es wird der Vertrag ... dass das aufgelöst wird. Die ringen und sind weit noch nicht bei uns. Was habe ich da noch - Auswirkungen auf den Einzelnen. Ich habe genau zwei, als ich mich hingesetzt habe zu Beginn dieses Themas, habe ich zwei Vorgaben gegeben. Das erlaube ich mir als Referent zu sagen, das will ich und habe gesagt, es dürfen zwei Dinge nicht passieren. Es muss für die Mitarbeiterinnen völlig okay gehen und völlig 1:1 gehen und kein Klient soll merken, außer das die Pflegerin oder der Pfleger ein anderes Schild oben haben, dass sich irgend etwas in Steyr verändert hat, zum schlechteren, hat es sich zum besseren verändert, ist es mir nur recht. Das waren meine Vorgaben. Es passiert jetzt schon, es passieren Patientenübergaben zwischen, das gibt es ja auch, zwischen Vita Mobile und Volkshilfe, weil die ja auch in Fremdsprengel Klientinnen und Klienten haben. Es funktioniert wunderbar. Wir haben Erfahrungen aus anderen Bezirken. Die meisten haben ja die Umstellung schon gemacht, glaube ich. Es gibt kaum Schwierigkeiten bei der Klientenübergabe und es gibt kaum Beschwerden von Klienten. Es hat eine einzige Organisation gegeben, wo es mit der Bezahlung von Mitarbeitern Probleme gegeben hat, aber die sind meines Wissen inzwischen auch schon gelöst. Das heißt, ich

hoffe und es ist auch meine Vorgabe, dass das ein konstruiertes Problem ist. Es wird nicht passieren. Die Leute werden genau so gut gepflegt, wie sie vorher gepflegt wurden. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenso, die werden gepflegt. Die bekommen 1:1 die selbe Einstufung, die selbe BAGS-Einstufung, egal welche **unverständlich**, sie bekommen die Abfertigung. In Grenzfällen wird sogar kulant gehandelt, das heißt wenn sich die Abfertigung wegen ein oder zwei Monaten nicht ausgehen würde, dann rechnet man das für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es werden alle 1:1 übernommen, was nicht einfach ist. Ich möchte nicht bei der Pflegedienstleitung in der Volkshilfe sitzen, das ist jetzt wirkliche Arbeit. Wir freuen uns inzwischen, Teile von der Volkshilfe die sich freuen, Teile vom Verein Miteinander die sich meines Wissens auch schon freuen. Es ist nicht so, dass das Feinde sind, die aufeinander los gehen.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Aber der große Profiteuer von der ganzen Geschichte ist schon die Volkshilfe. Die meisten Einheiten gehen in Richtung Volkshilfe.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Der Profiteuer ist Steyr, Herr Mayrhofer. Ich erinnere mich an eine Begebenheit, ich möchte die erzählen, weil die mich wirklich berührt hat und weil ich mich so gefreut habe darüber. Das war, wie wir die Volkshilfe Gründerversammlung gehabt haben, da war auch ihr Kollege Walter Gabath da, den ich wirklich sehr mag, sie waren auch da, sie mag ich auch. Der Kollege Brunhofer, der war damals Moderator, hat alle auf die Bühne gebeten und da war, ich kann es wortwörtlich nicht mehr wiedergeben, der Sukkus aller Aussagen, von ihnen und von Walter Gabath war, in der Sozialpolitik hat Parteipolitik definitiv nichts verloren. Das erzähle ich heute noch, weil das wirklich ein Satz ist, der bei mir gesessen ist. Das hat mir gefallen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Prädestiniert dafür ist das Beispiel Hilfswerk Steyr Ennsleite. Im erzroten Stadtteil haben wird das beschlossen. Ist ja Parteipolitik.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Es ist wirklich ihnen überlassen, in der Sozialpolitik in parteipolitischen Kategorien zu denken. Ich werde das ganz sicher nicht tun und es war nicht ein einziges mal Thema, das eine als solche Organisation zu bezeichnen und andere als solche ...

Unverständliche Zwischenrufe.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Die andere Geschichte, wenn ich höre „feindliche Übernahme“. Was heißt das? Kaufen wir jetzt ein Gewehr und erschießen wir wen. Das ist meiner Meinung nach eine ziemlich kranke kriegerische ... die Pazifisten, die halte ich nicht aus.

VIZEBÜRGERMEISTER GUNTER MAYRHOFER:

Ich war eh nicht fürs Berufsheer.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Ist mir egal, und das mit „nahestehen“ ist auch so eine Geschichte. Ich darf schon meine Überzeugung darlegen und ich darf auf einer Seite stehen und für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit stehen. Ich finde das trotzdem super, dass das Hilfswerk auf der Ennsleite so gute Arbeit leistet. Ich weiß nicht, wo ihr Denken da herkommt, ich kann das nicht und ich lehne das wirklich für mich ab. Wenn sie das machen wollen, machen sie es. Heuschreckenkapitalismus habe ich mir da aufgeschrieben, was ist ihnen denn da eingefallen? Heuschreckenkapitalismus in Bezug auf die Volkshilfe und Verein Miteinander.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER MAYRHOFER:

So weit ich mich erinnert habe, waren sie bis vor kurzem Obmann der Volkshilfe und jetzt machen sie etwas, was der Volkshilfe dient und einem anderen Verein schadet. Also wenn das noch normal ist, kenne ich mich nicht aus.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Darf ich ersuchen, die Zwiegespräche möglichst zu beschränken. Vielleicht können wir dann zu einem Abschluss kommen.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Ich bin es gar nicht gewohnt, dass ich so lange reden darf.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Du bist am Wort, du alleine.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Ich bin am Wort, das war gerade nicht ganz klar. Ja ich war Obmann, das stimmt. Ich war 10 Jahre lang Vorsitzender der Volkshilfe Steyr, bin auch sehr stolz darauf, weil wir ziemlich viel geschaffen haben. Aber in dem Augenblick, und das zeigen sie mir bei anderen, da kann ich ihnen jetzt dutzende Beweise aus ihrem Dunstkreis aufzählen, zeigen sie mir wer das gemacht hat, dass er auf den Schlag, noch bevor er das Amt angetreten hat, alles zurückgelegt hat und zwar alles. Das zeigen sie mir. Da bin ich reinen Herzens und reinen Gewissens und schäme mich nicht dafür, dass ich die Volkshilfe mag. Das ist ja nichts Schlechtes. Dann noch einmal zum zweiten Mal von der Michaela. Wieder die historische Betrachtung. Wieder das, dass sich nichts geändert hat in den 15 Jahren. Wieder das gleiche mit den Sprengel. Da weiß ich nicht, was ich noch einmal darauf sagen soll. Das der Herr Kollege Kaufmann gemeint hat, habe ich schon beantwortet. Nämlich dass das 1:1 umgesetzt wird, das ist schon passiert. Da lege ich meine Hand ins Feuer. Dann möchte ich noch sage, obwohl es der Herr Bürgermeister schon gemacht hat, wirklich noch ein paar Sätze sagen zum Verein Miteinander und das sage ich nicht weil Vertreterinnen und Vertreter des Vereines hier sind, sondern weil das wirklich meine Überzeugung ist. Der Verein Miteinander hat die Bedingungen, die ihm gestellt wurden, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben erstklassige, hochqualitative, großartige Arbeit geleistet. Und jetzt wollen wir, Michaela, da wollen wir dich ansprechen, weil du von deiner Ausbildung her viel mehr drauf hast als ich. Es gibt eine Strukturqualität, es gibt eine Prozessqualität und es gibt eine **unverständlich**. Ich denke mir, dass ist ein strukturelles Problem, das ich zu lösen gehabt habe. Das ist schlichtweg eine strukturelle Herausforderung. Die haben wir nach bestem Wissen und Gewissen zu lösen versucht, in dem Denken, dass es nicht eine Lösung sein darf, wo wir in zwei Jahren wieder diskutieren müssen, drehen wir jetzt doch wieder am Schrauben oder nicht mehr am Schrauben drehen oder legen wir dort noch eine halbe Personaleinheit dazu oder da. Ich glaube, ich bin der festen Überzeugung, dass das was wir jetzt hoffentlich beschließen werden, eine Struktur ist, die zumindest die nächsten zehn Jahre nur in kleinsten Dingen zu variieren ist in der Struktur selber, aber bestehen bleibt. Da bin ich fest davon überzeugt. Wir schaffen damit zwei annähernd gleich große Anbieterstrukturen, was und da bin ich wieder auch bei deiner Profession, was auch mir sehr am Herzen liegt, was für die Qualitätskontrolle, für die Qualitätssicherung, für das Qualitätsmanagement eigentlich Voraussetzung ist, weil ich kann nicht einen großen Verein mit zwei Mickey Maus Vereinen vergleichen, das geht nicht, das geht strukturell nicht. Ein größerer Verein hat viel mehr Möglichkeiten, Schwankungen im Bereich der Klientinnen abzufangen, in der Zahl der Klientinnen abzufangen. Das haben wir in dem Bereich. Da schwanken die Zahlen enorm. In der einen Woche haben wir 120 % Auslastung, in der nächsten Woche haben wir 80 % Auslastung, weil Leute in das Spital kommen, sterben, in ein Heim kommen und, und, und. Es gibt da Schwankungen und es können große Strukturen, da wirst du mir Recht geben, viel einfacher, viel leichter abfangen. Besonders mit Qualität, mit Weiterentwicklung, mit Fortbildung. Ich kann in einem großen Betrieb meine Mitarbeiterinnen viel einfacher, viel leichter in Fortbildungen schicken, weil ich die Ressourcen dazu habe. In einem Drei-Frau-Betrieb – wie soll ich da

wen ausbilden? Für eine Tagschwester, für eine SOMA-Schwester, für eine Palliativ-Schwester? Das geht kaum oder nur mit unheimlichen Bürgen. Das heißt, diese Dinge erwarte ich mir dass sie zumindest strukturell besser werden. Ich glaube, dass das alles insgesamt gescheiter ist und jetzt höre ich auf zu reden.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste vom 25. Februar 2013 wird aufgrund der Neustrukturierung der Mobilen Betreuung und Hilfe sowie der Hauskrankenpflege die Vereinbarung der Stadt Steyr und der Miteinander GmbH über die Durchführung der mobilen Betreuung und Hilfe in Steyr (Gemeinderatsbeschluss vom 10.04.2003 bzw. 14.12.2006) mit Wirkung 31.12.2013 gekündigt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke an den Referenten für sein ausführliches Schlusswort. Ich glaube, er hat aus seiner Sicht klar dargelegt, dass es eine Sachentscheidung war und ist und nichts anderes. Ich bedanke mich aber trotzdem bei allen Diskutanten, dass man trotz unterschiedlicher Auffassung sehr fair und sachlich geblieben ist im Großteil der Diskussion. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **22**

SPÖ 17 – (Bgm. Gerald Hackl; Vbgm. Walter Oppl; StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger; StR Dr. Michael Schodermayr; GR Rudolf Blasi; GR Ernst Esterle; GRⁱⁿ Helga Feller-Höller; GR Kurt-Werner Haslinger; GRⁱⁿ Rosa Hieß; GR Ing. Franz-Michael Hingerl; GR Thomas Kaliba; GR Mag. Gerhard Klausberger; GRⁱⁿ Erika Loibl, MAS; GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber; GR Rudolf Schröder; GRⁱⁿ Silvia Thurner)

FPÖ 4 – (GR Roman Eichhübl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindgruber)

GRÜNE 2 – (GR Mag. Reinhard Kaufmann; GRⁱⁿ Natascha Payrleithner)

Ablehnung: **8**

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 7 – (Vbgm. Gunter Mayrhofer; GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech; GR Ing. Wolfgang Hack; GRⁱⁿ Eva-Maria Leitner; GR Florian Schauer; GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

FPÖ 1 – (GR Hans Payrleithner)

Stimmenthaltung: **4**

SPÖ 1 – (Vbgm. Wilhelm Hauser)

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 1 – (GR Mag. Wolfgang Glaser)

FPÖ 1 – (StR. Dr. Helmut Zöttl)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich bedanke mich für die Berichterstattung und darf nun den Kollegen Stadtrat MBR Markus Spöck um seine Tagesordnungspunkte bitten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MARKUS SPÖCK, MBA:

20) BauTP-7/12 Kanalneubau MW Wenhartstraße 2 und 3; Kanal-erneuerung NK Werndlstraße 11; Generalsanierung Wenhartstraße (Straßenbau). Dringlichkeitsbeschluss.

STADTRAT MARKUS SPÖCK, MBA:

Unverständlich!

Bei meinem ersten Antrag geht es um den Kanalneubau Wenhartstraße, Werndlstraße, die Generalsanierung des Straßenbaus der Wenhartstraße. Es ist hier eine dringend notwendige Straßensanierung durchzuführen, weil es eine schadhafte Asphaltoberfläche an der Wenhartstraße gibt und gleichzeitig eine Kanalerneuerung durchzuführen ist aufgrund Wurzeleinwuchs und undichter Rohre. Der Bestbieter ist die Firma Leyrer + Graf Baugesellschaft m.b.H. aus Linz. Der Angebotspreis ist eingebracht mit € 214.409,16 + Mehrwertsteuer und zusätzlich 3 % Unvorhergesehenes sind es € 265.009,72 abzüglich Skonto, 20 % Vorsteuerberechtigung, das wir uns hier abziehen können bei diesem Projekt, gibt es einen Betrag von € 119.716,19 mit der Bitte um Freigabe der verschiedenen Posten von den verschiedenen Voranschlagstellen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hoch- und Tiefbau, vom 10. Jänner 2013 wird die Fa. Leyrer + Graf BauGmbH mit einem Betrag in Höhe von EUR 220.841,43 exkl. USt. (EUR 265.009,72 inkl. USt.) beauftragt. Darin enthalten ist für Unvorhergesehenes ein Betrag (3 % der Angebotssumme) in Höhe von EUR 6.432,27 exkl. USt. (EUR 7.781,72 inkl. USt.). Die erforderlichen Mittel werden 2012 bei der VSt. 5/851000/004000 „Ausbau weiterer Kanäle“ in Höhe von EUR 114.500,-- exkl. USt. (EUR 137.400,-- inkl. USt.) freigegeben. Die Mittel in Höhe von EUR 22.500,-- exkl. USt. (EUR 27.000,-- inkl. USt.) bei der VSt. 5/851000/004000 (V01/10 Kanalisationen 2010 Sierningerstraße, Haratzmüllerstraße, Pyrachstraße; Bestellnummer 274) sind bereits freigegeben. Die Mittel werden dort nicht mehr benötigt. Die restlichen Mittel werden 2012 bei der VSt. 5/612000/002000 „Straßenbau Wenhartstraße“ in Höhe von EUR 36.000,-- exkl. USt. (EUR 43.200,-- inkl. USt.) sowie 2013 bei selbiger VSt. in Höhe von EUR 42.000,-- exkl. USt. (EUR 50.400,-- inkl. USt.) im Wege einer KREDITÜBERTRAGUNG auf VSt. 5/851000/004000 „Ausbau weiterer Kanäle“ freigegeben und die Kreditübertragung hiermit bewilligt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 191.716,19 exkl. USt. (EUR 230.059,43 inkl. USt.) notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wünscht zu diesem Tagesordnungspunkt, da geht es um sehr viel Geld, jemand das Wort? Unabhängig davon ist die Wenhartstraße wirklich eine Straße wo ich sage, die ist wirklich schlecht beisammen. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der

Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bitte nächster Punkt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 4

StR. Dr. Michael Schodermayr, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, GRⁱⁿ Silvia Thurner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

21) BauBrüP-2/13 Bürstmayr-Brücke; Instandhaltung 2013.

STADTRAT MARKUS SPÖCK, MBA:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Bürstmayrbrücke. Sie wurde 1969 erbaut und ist mittlerweile durch Frost und Tausalz schwer geschädigt. Hier wäre das Geländer neu zu machen bzw. die Tragwerksabdichtung zu erneuern. Bestbieter ist die Firma Swietelsky BaugesmbH. Wir dürfen uns glaube ich die Zahlen dieser Tabelle ersparen. Der Mittelbedarf beträgt € 65.000,--.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hoch- und Tiefbau, vom 15.02.2013 wird der Firma Swietelsky Baugesellschaft m.b.H., Linz, der Auftrag zur Instandsetzung der Bürstmayr-Brücke im Jahr 2013 in Höhe von EUR 54.198,44 exkl. MWSt. bzw. EUR 65.038,13 inkl. MWSt. erteilt. Für Unvorhergesehenes wird der Betrag von EUR 1.972,00 festgelegt. Die erforderlichen Mittel im Gesamtausmaß von EUR 65.000,-- sind bei der VSt. 5/612000/002270 „Gemeindestraßen; Straßenbau Brückenerhaltung“ für 2013 vorgesehen. Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 65.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 4

StR. Dr. Michael Schodermayr, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, GRⁱⁿ Silvia Thurner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

22) BauBrüP-1/13 Griemühl-Brücke, Instandhaltung 2013.

STADTRAT MARKUS SPÖCK, MBA:

Die Griemühl-Brücke ist ebenfalls Instand zu setzen. Wie wurde 1970 erbaut, auch von Frost und Tausalz schwer geschädigt. Auch hier ist das desolate Geländer und die Tragwerksabdichtung zu erneuern. Der Mittelbedarf beträgt € 65.000,--.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hoch- und Tiefbau, vom 15.02.2013 wird der Firma Swietelsky Baugesellschaft m.b.H., Linz, der Auftrag zur Instandsetzung der Griemühl-

Brücke im Jahr 2013 in Höhe von EUR 54.134,49 exkl. MWSt. bzw. EUR 64.961,39 inkl. MWSt. erteilt. Für Unvorhergesehenes wird der Betrag von EUR 2.049,-- festgelegt. Die erforderlichen Mittel im Gesamtausmaß von EUR 65.000,-- sind bei der VSt. 5/612000/002270 „Gemeindestraßen; Straßenbau Brückenerhaltung“ für 2013 vorgesehen. Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 65.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 4

StR. Dr. Michael Schodermayr, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, GRⁱⁿ Silvia Thurner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

23) BauStrP-7/13 Errichtung Tabor-/Posthofknoten; Freigabe gem. Vereinbarung mit dem Land OÖ.

STADTRAT MARKUS SPÖCK, MBA:

In diesem Antrag geht es um die Errichtung des Tabor-/Posthofknoten. Wie wir ja heute schon gehört haben, müssen oder dürfen wir die Vereinbarung mit dem Land OÖ umsetzen. Es gibt hier, wie wir gehört haben, ein Übereinkommen mit dem Land, wo es eine Mitfinanzierung der Stadt Steyr gibt. Wir bekommen so für diesen Kreuzungsbau ein Drittel finanziert. Für den Herrn Payrleithner noch einmal, ein Drittel der Stadt sind ungefähr € 1,8 Mio., 3,6 Mio. € ungefähr zahlt das Land. Das geht aus dieser Vereinbarung hervor. Wir haben im Budget € 750.000,-- für die Erstzahlung heuer vorgesehen. Diese € 750.000,-- sollten wir heute freigeben. Ich darf aber hinweisen, dass die vorgesehenen Mittel natürlich höher sein werden, bis zu € 1,8 Mio., es könnte oder wird wahrscheinlich auch noch billiger werden. Das heißt, es wird noch einen weiteren Antrag zu einer Kreditüberschreitung geben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Baudirektion vom 25. Februar 2013 wird der Errichtung des Tabor-/Posthofknotens gemäß Vereinbarung mit dem Land OÖ vom 21.2.2013 zugestimmt. Die derzeit vorhandenen Mittel sind bei der VSt. 5/611000/771010 „Landesstraßen – Beiträge für Landesstraßen“ für 2013 vorgesehen. Über weitere erforderliche Mittel wird ein gesonderter Antrag erfolgen, da die für 2013 benötigten Mittel im Budget 2013 nicht zur Gänze vorgesehen werden konnten. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von EUR 750.000,-- exkl. MWSt. (EUR 900.000,-- inkl. MWSt.) bei der VSt. 5/611000/771010 „Landesstraßen – Beiträge für Landesstraßen“ freigegeben. Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 750.000,-- exkl. MWSt. (EUR 900.000,-- inkl. MWSt.) notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wünscht zu diesem Tagesordnungspunkt jemand das Wort? Wir haben im Budget nur einmal eine Summe festgesetzt, weil ja die Rechnungen auch noch nicht fließen. Wir müssen schauen, wie viel wir heuer brauchen und wie viel wir dann im nächsten Jahr zu zahlen ha-

ben. Ich habe mich heute erkundigt, momentan liegt eine Rechnung von € 1.000,-- vor. Momentan kommen wir mit dem Geld noch aus. Wir werden schauen, ansonsten ist es im Nachtragsvoranschlag drinnen. Wir wissen, was wir zu zahlen haben. Aber ich denke, es ist auch ein großes Projekt. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Eine Stimmenthaltung, drei Gegenstimmen. Der Antrag wurde mit breiter Mehrheit angenommen. Dankeschön.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 3

StR. Dr. Michael Schodermayr, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Silvia Thurner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

Anwesende Gemeinderäte: **31**

Zustimmung: **27**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl; Vbgm. Walter Oppl; Vbgm. Wilhelm Hauser; StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger; GR Rudolf Blasi; GR Ernst Esterle; GR Kurt-Werner Haslinger; GRⁱⁿ Rosa Hieß; GR Ing. Franz-Michael Hingerl; GR Thomas Kaliba; GR Mag. Gerhard Klausberger; GRⁱⁿ Erika Loibl, MAS; GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber; GR Rudolf Schröder)

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 8 – (Vbgm. Gunter Mayrhofer; GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech; GR Mag. Wolfgang Glaser; GR Ing. Wolfgang Hack; GRⁱⁿ Eva-Maria Leitner; GR Florian Schauer; GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

FPÖ 5 – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber)

Ablehnung: **3**

GRÜNE 3 – (GR Kurt Apfelthaler; GR Mag. Reinhard Kaufmann; GRⁱⁿ Natascha Payrleithner)

Stimmenthaltung: **1**

FPÖ 1 – (GR Hans Payrleithner)

STADTRAT MARKUS SPÖCK, MBA:

Noch eine kurze Anmerkung zum aktuellen Stand. Nächste Woche wird die Verbindungsstraße zwischen Blümelhuberstraße und Resthofstraße/Ennskraftwerke gebaut. Baubeginn des ersten Teilabschnittes ist der 3. April. Am 3. April ist bereits das Umleitungskonzept in Kraft. Das heißt, die Straßensperre ist mit 3. April aktiv.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke für die Information. Bitte dein letzter Punkt.

24) BauStrP-2/13 Asphaltierungsprogramm 2013; Straßensanierung Steinerstraße BA 2; Bereich FFW Stein bis Moserstraße, Tragschichtdecksanierung.

STADTRAT MARKUS SPÖCK, MBA:

Es geht um das Asphaltierungsprogramm Steinerstraße. Wir haben bereits im Vorjahr den ersten Teil der Steinerstraße saniert. Nun ist der zweite Teil noch zu machen zwischen der Feuerwehr Stein und dem Kreuzungsbereich bzw. inklusive Kreuzungsbereich Moserstraße/Feldstraße. Der Billigstbieter ist hier die ARGE Asphaltierung, Fa. Lang & Menhofer GbmH. Insgesamt ist ein Mittelbedarf von noch einmal € 96.600,– vorgesehen, dazu zum vorigen Betrag vom Vorjahr. Ich möchte dazu sagen, vom Zeitpunkt wäre es angedacht, dass wir dieses Straßenstück noch vor dem Neubau des Taborknoten umsetzen. Aus zeitlichen Gründen und aufgrund der Witterung wird es jetzt nicht mehr möglich sein. Hier stehen wir in Abstimmung mit dem Land OÖ, wo wir auf deren Okay warten, wann der richtige Zeitpunkt auch für die Steinerstraße ist. Wenn das heuer nicht mehr ist, dann kann es auch im Frühjahr des nächsten Jahres sein. Ich ersuche trotzdem um die Mittelfreigabe, damit wenn das Land sagt, wir können beginnen wir es auch sofort umsetzen können.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das wird wahrscheinlich wieder ein klassischer Fall für die Übertragung vom Finanzjahr 2013 auf 2014. Wir fassen heute den Beschluss. Bitte Roman.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Es hat eigentlich der Herr Stadtrat Spöck schon die Hälfte der Frage, die ich eigentlich stellen wollte, beantwortet. Nämlich den Beginn dieser Asphaltisanierung in der Steinerstraße. Ich frage aber trotzdem noch einmal nach, warum man die Meinung darüber geändert hat? Ich kann mich noch daran erinnern, dass im Zuge der Diskussionen über die Umleitungsmöglichkeiten die wir dringend bei der neuen Straßenerrichtung Tabor/Posthofknoten und man davon ausgegangen ist, dass ja die Steinerstraße stark belastet wird. Warum man vorher geplant hat, trotz **unverständlich**.

STADTRAT MARKUS SPÖCK:

Es stimmt. Es war ursprünglich auch mein Interesse, dass man das anschließend macht nach der Sanierung des Taborknoten und somit wenn der Umleitungsverkehr aus diesem Straßenbereich draußen ist. Der Zustand der Steinerstraße ist und war in einem sehr desolaten. Ich muss dazu sagen, das ärgste Stück ist bereits erledigt worden im Vorjahr. Das hat uns am meisten Angst gemacht, wenn der Umleitungsverkehr darüber fährt. Jetzt ist der zweite Bereich, der auch desolat ist, aber nicht in diesem Ausmaß wie der erste Teil. Trotzdem müssen wir die Straßen vorher komplett machen, damit nachher ein Umleitungsverkehr stattfinden kann. Was wir noch hoffen, dass diese Straße das auch aushält und wenn notwendig, wir auch flicken müssen in der Zwischenzeit. Das war so nicht geplant, aber die Witterung hat das heuer nicht mehr zugelassen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hoch- und Tiefbau, vom 4. März 2013 wird der Auftragsvergabe an die ARGE Asphaltierung 2009 zum Preis von EUR 99.590,80 inkl. MWSt. zugestimmt. Zur finanziellen Bedeckung wird der Mittelfreigabe in Höhe von EUR 96.600,– inkl. MWSt. bei VSt. 5/612000/002000 „Gemeindestraßen; Asphaltierungsprogramm 2013 – Sanierung Steinerstraße BA 2“ zugestimmt. Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 96.600,– notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2
GR Wolfgang Hack; GRⁱⁿ Silvia Thurner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGEMEISTER GERALD HACKL:

Ich bedanke mich für die Berichterstattung und darf die Frau Stadträtin Weixlberger ersuchen.

BERICHTERSTATTERIN STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

25) Fin-31/11 Private Kinderbetreuungseinrichtungen Steyr, Endabrechnung der Waldorfkindergärten für das Betreuungsjahr 2011/12.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

In meinem Antrag geht es um die Abrechnung des Kindergartenjahres 2011/12 der Waldorfkindergärten. Ausgeführt ist ein Betrag von € 40.230,80 für den Waldorfkindergarten Fabrikinsel und € 739,24 für den Waldorfkindergarten Schlüsselhofgasse. Ab diesem Kindergartenjahr haben wir ja nur mehr einen Waldorfkindergarten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 11.03.2013 wird zur Ausfinanzierung des Betriebsabganges der beiden in Steyr ansässigen Waldorfkindergärten im Betreuungsjahr 2011/12 nachstehende Beträge freigegeben: Bei der VA-Stelle 1/240000/757000 ein Betrag von € 40.230,80 für den Verein Freunde der Waldorfkindergarten (Waldorfkindergarten Fabrikinsel), ein Betrag von € 739,24 für den Verein Freier Waldorfkindergarten (Kindergarten Schlüsselhofgasse 50). In diesen Beträgen sind auch die nach Ablauf des gegenständlichen Betreuungsjahres dem jeweiligen Rechtsträger verbliebenen Verbindlichkeiten enthalten, da durch die Fusion der beiden Vereine zum Verein Waldorfpädagogik Steyr, der seit dem Betreuungsjahr 2012/13 den Kindergarten Fabrikinsel betreibt, beide Vereine mit Endabrechnung des Betreuungsjahres ihre Tätigkeit einstellen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der Bericht war kurz und bündig. Der Amtsbericht liegt auf. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1
GRⁱⁿ Silvia Thurner

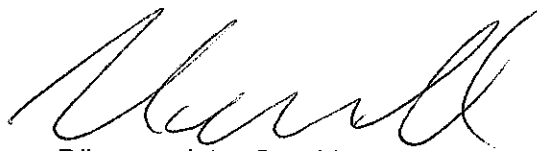
Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich bedanke mich für die Berichterstattung. Somit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt. Ich darf noch hinzufügen, dass wir heute einen Betrag von Euro 1.972.580,-- zur Kenntnis genommen bzw. auch so in den Gegenständen beschlossen haben. Ich bedanke mich für die rege Teilnahme und Diskussion, für die Beschlussfassungen und schließe die Sitzung.

ENDE DER SITZUNG UM 16.35 UHR.

DER VORSITZENDE:

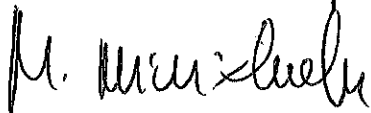


Bürgermeister Gerald Hackl

DIE PROTOKOLLFÜHRER:



Dr. Kurt Schmidl

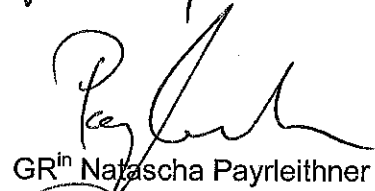


Michaela Minixhofer
(Ulrike Schreiberhuber)

DIE PROTOKOLLPRÜFER:



GR Rudolf Blasi



GRⁱⁿ Natascha Payrleithner